

MEGA² IV/10

Karl Marx und Friedrich Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Exzerpte und Notizen September 1851 bis Juli 1852, Vierte Abt., Bd. 10. Hrsg. von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung, Amsterdam. Bearbeitet von Norman Jakob unter Mitarbeit von Thomas Kuczynski, Klaus Pezold, Annelese Griese, Ljudmila Vasina und Richard Sperl. Walter de Gruyter Verlag, Berlin 2023, 1315 S. [X und 659 Seiten Textband, 656 Seiten Apparataband], Ln., 189,95 Euro

Der jüngst erschienene Band MEGA² IV/10 enthält zum einen die überlieferten Exzerpte und Notizen von Karl Marx aus dem Zeitraum vom September 1851 bis zum Juli 1852, zum anderen diejenigen von Friedrich Engels ab Ende 1850 bis Juli 1852. Im Zentrum steht dabei mit den Heften XV–XVIII die weitere Fortsetzung der Veröffentlichung der 24 Londoner Hefte 1850–1853 von Marx, die in Band IV/7 mit den Heften I–VI begann und in dem Band IV/8 mit den Heften VII–X sowie in Band IV/9 mit den Heften XI–XIV fortgeführt worden ist.

Die in dem Band präsentierten vier weiteren »Londoner Hefte« enthalten verschiedene, sehr umfangreiche Marxsche Studien zu den Thematiken Technologie und deren Geschichte (Heft XV), zur politischen Ökonomie (Heft XVI), zu Geschichte des Mittelalters (Heft XVII), Sprache und Kultur, Literaturgeschichte in Südeuropa, in Frankreich, in England und in Deutschland (Heft XVIII).

Die veröffentlichten Notizen von Engels umfassen ein Konspekt mit kritischen Anmerkungen zu einem Werk

von Proudhon, zudem Notizen im Zusammenhang mit seinen Ende 1850 begonnenen Studien zur russischen Sprache und Literatur sowie ein Exzerpt aus einer französischsprachigen Zeitschrift zum ungarischen Unabhängigkeitskrieg in den Jahren 1848/49.

Im Anhang werden schließlich eine von Engels stammende Vertragsabschrift aus dem Jahr 1852 sowie an Marx brieflich gerichtete biographische Notizen zu zwei Emigranten mit einer Bemerkung von ihm veröffentlicht.

Der Band IV/10 ist wegen der weitestgehend erstmaligen Veröffentlichung der Exzerpte und Notizen von Marx/Engels von großer Bedeutung für das angemessene Verständnis des »Wissenschaftlichen Sozialismus« als eines Werkes im Werden. Die hier präsentierten Materialien werden von den Autorinnen und Autoren der 67-seitigen allgemeinen Einleitung und den diese noch ergänzenden zusätzlichen speziellen Einleitungen zu jedem der veröffentlichten Dokumente – zu den Autoren gehört auch der leider vor kurzem verstorbene Thomas Kuczynski – detailliert in den historischen und biographischen Kontext sowie in den Zusammenhang mit in weiteren Bänden der MEGA² veröffentlichten Werken und anderweitigen Dokumenten gestellt. Über den bis in die zweite Hälfte der 1980er Jahre zurückreichenden, verwickelten und erst im November 2022 abgeschlossenen Bearbeitungsverlauf des Bandes wird am Ende der allgemeinen Einleitung berichtet.

Am Ende dieser Einleitung wird auch erwähnt, dass ein die Jahre 1851

bis 1864 betreffendes Notizbuch nicht in diesem Band, sondern auf MEGA-digital veröffentlicht wird (sh. <https://megadigital.bbaw.de/>). Angesichts der seit 1989 gravierend verschlechterten materiellen Bedingungen für die MEGA² ist das Format MEGAdigital sicherlich eine sinnvolle Lösung. Dennoch ist das Durchbrechen des ursprünglichen Prinzips der MEGA², alle Werke, Exzerpte und weiteren Materialien in Printform zu veröffentlichen, durchaus ambivalent und zu bedauern.

Neben den hier zusammengestellten Dokumenten und dem zugehöri-

gen wissenschaftlichen Apparat werden für weitere Forschungsarbeiten zum Leben und Werk von Marx und Engels die am Ende des Bandes präsentierten umfangreichen Register und Verzeichnisse nützlich sein. Im Interesse weiterer Forschungen zur Geschichte der Entstehung des wissenschaftlichen Sozialismus ist zudem zu hoffen, dass die restlichen »Londoner Hefte« möglichst zeitnah in den weiteren Bänden der Abteilung IV der MEGA² veröffentlicht werden.

Andreas Diers

Aus dem 19. Jahrhundert

Gisela Notz (Hrsg.): August Bebel oder Der revolutionäre Sozialdemokrat, Dietz Berlin 2023, 192 Seiten, 4 Abb., 12,00 Euro

Durchaus empfehlend darf auf eine Reihe mit dem Titel »Biografische Miniaturen« hingewiesen werden, die nunmehr schon seit mehreren Jahren im Verlag Dietz Berlin erscheint. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, historische Protagonist(inn)en der linken, vor allem der sozialistischen Bewegung vorzustellen. Einem einführenden Essay des Herausgebers (oder der Herausgeberin) folgen ausgewählte Texte der betreffenden Person sowie Urteile von Zeitgenoss(inn)en über sie. Der jeweilige Untertitel der Publikationen soll den Fokus der Betrachtung sichtbar machen.

In dieser Reihe hat nun Gisela Notz die Sammlung »August Bebel oder: Der revolutionäre Sozialdemokrat« herausgegeben.

Der Untertitel markiert implizit eine zeitliche Grenze: Beschränkung auf das 19. Jahrhundert. Bebel wird sichtbar als der anerkannte Führer der deutschen Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert, die ihre Strategie im Erfurter Programm von 1891 dargelegt hatte. Es nannte als Ziele zwei Revolutionen: erstens die soziale = Aufhebung des Kapitalismus, zweitens eine politische = Er kämpfung der demokratischen Republik (die aus Legalitätsgründen auf Anraten von Engels nicht explizit genannt, sondern als »Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde« umschrieben wurde). Von seiner Streitschrift »Unsere Ziele« aus dem Jahr 1869 (empfehlenswert wäre wohl, bei einer Neuauflage auch Auszüge aus dieser in den Band aufzunehmen) bis zum Erfurter Programm lässt sich diese Konstante im Denken Bebels und deren inhaltliche Entwicklung nachverfolgen. Der Kampf um die demokratische Republik und um kon-

krete sozialpolitische Reformen war gegenwartsbezogen, die Endlichkeit des Kapitalismus wurde – auch dies typisch für den Marxismus der Zweiten Internationale, voll ausgeprägt unter dem Einfluss von Karl Kautsky nach dem Tod von Marx (1883) und Engels (1895) – dagegen eher als eine Art naturgesetzlicher Prozess gesehen. Bebels Rede »Zukunftsstaat und Sozialdemokratie« von 1893 (113 – 137) zeigt, dass dies seine Revolutionstheorie und -praxis war. Der Untertitel darf also nicht als Polemik gegen die SPD spätestens seit Godesberg 1959 verstanden werden. Ein Vorwurf, sie sei heute nicht mehr so revolutionär wie ihr Mitgründer Bebel, ginge an die falsche Adresse. Es handelt sich um eine bewusste Neuorientierung (oder soll man sagen: Neugründung?). Gisela Notz stellt sich stattdessen die Aufgabe, »August Bebel aus seiner Zeit heraus zu verstehen und seine Positionen darzustellen, ohne sie vom heutigen Standpunkt aus zu bewerten«. (12) Dass er in seinem Buch »Die Frau und der Sozialismus«, das ab 1879 in vielen Auflagen erschien, »von der Zweigeschlechtlichkeit ausging, kann man ihm heute ebenso wenig vorwerfen wie dass er letztlich nicht ganz imstande war, sich von den damals allgemein verbreiteten Vorurteilen über die Natur und den Charakter der Frau, der Ehe und der Familie zu befreien«. (13)

Tatsächlich ist die Frage nach der Aktualität von Bebel viel eher angesichts der Tatsache zu stellen, dass sein Kampf um die demokratische Republik ja inzwischen zunächst in der Weimarer Republik, dann in der heutigen BRD an ein Ziel gekommen ist, im

Unterschied zur sozialistischen Revolution, die er aber auch für zahlreiche Forderungen zur Frauenemanzipation – soweit sie mehr ist als das Stimmrecht für beide Geschlechter – als eine Voraussetzung zu deren Realisierung ansah.

Fast alle hier versammelten Texte stammen aus den Jahren bis 1893, mit einer einzigen Ausnahme: Bebels Reichstagsrede »Zum Massenstreik im Kriegsfall«, die er 1911 im Reichstag hielt. (145–149) Hier wies er die Behauptung zurück, seine Partei wolle dieses Kampfmittel beim Ausbruch eines militärischen Konflikts einsetzen. Sie habe »nichts damit zu tun«. (148) Dieses Thema war seit Jahren in der SPD und in der Internationalen hochumstritten, Bebel und Kautsky einerseits, Rosa Luxemburg andererseits stimmten hier nicht überein. Für die Frage, was eine revolutionäre Sozialdemokratie sei, galt seine Meinung längst nicht mehr allein. Sein Jahrhundert war vorbei.

Auf dem Höhepunkt seiner Möglichkeiten hatte er sich dagegen 1893 in seiner Rede über »Zukunftsstaat und Sozialdemokratie« gezeigt, ebenfalls im Reichstag. (113–137) Weit mehr als eine Stunde lang hielt er dem Parlament eine Art Vorlesung, in der er eine Zusammenfassung der Lehren des Historischen Materialismus, vom »Manifest der Kommunistischen Partei« bis zu den beiden ersten Bänden des »Kapital« über die Grundzüge der gesellschaftlichen Entwicklung darlegte, offenbar gab es keine Beschränkung der Redezeit.

Zuweilen zeigt er bei solchen Gelegenheiten auch eine überraschende

Gabe zum Humor, zum Beispiel in einer Reichstagsrede von 1895, die unter der Überschrift »Für demokratische Volksvertretungen in den Bundesstaaten und das Wahlrecht der Frauen« hier wiedergegeben ist. (138–144) Er spricht da mit großem Selbstgefühl angesichts der ständigen sozialdemokratischen Wahlerfolge, zu deren Eindämmung er ein Gegenmittel empfahl:

»Meine Herren von der Rechten, ich behaupte sogar: Die Gefahr wächst, dass Ihnen die stimmberechtigten Männer nicht mehr parieren, in Ihrem eigenen höchsten Interesse liegt es, den Frauen das Stimmrecht einzuräumen. Ich habe die Überzeugung, dass, wenn wir in diesem Augenblick den Frauen das Stimmrecht gleich den Männern einräumten, die sehr große Majorität derselben konservativ, höchstens nationalliberal wählen würde. Sie haben also in den Frauen noch eine Reserve, die Ihnen unter der wählbaren Männerwelt immer mehr abhandenkommt. Also in Ihrem eigenen Interesse wären Sie veranlasst, den Frauen das Wahlrecht zu gewähren. [...] Trotz alledem sind wir für das Frauenstimmrecht, und zwar aus Gerechtigkeitsgründen, aus Fortschrittsgründen.« (142–143)

Revolutionäre Gesellschaftskritik im Übergang

Georg Lukács: Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik. Faksimile des Hand- und Arbeitsexemplars von Georg Lukács. Aus Anlass der Erstpublikation des Buchs vor 100 Jahren, herausgegeben von Rüdiger

An drei Stellen vermerkt das Protokoll »Große Heiterkeit« oder »Heiterkeit«. Das war auch bei früheren Reden Bebels der Fall gewesen, weil er ausgelacht wurde. Jetzt aber nicht mehr.

Da dem Band eine zweite Auflage zu wünschen ist, seien folgende Korrekturen empfohlen:

Nicht ein Reichstag hat in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts sozialistische und kommunistische Arbeitervereine verboten (20), sondern der von den Fürsten besetzte Bundestag in Frankfurt/Main. August Geib starb nicht 1849, sondern 1879. (45; richtig: 180) Die »Vorstadtvilla« (47) in Borsdorf, wohin Bebel und Liebknecht nach ihrer Ausweisung aus Leipzig auswichen, war ein heruntergekommenes Haus. Ihre Vermieterin ist sehr arm gewesen. Nur scherzhafterweise wurde es »Villa Liebknecht« genannt. Julie und August Bebel sind 1890 nicht nach Berlin zurückgekehrt (49), sondern sie nahmen dann erstmals ihren Wohnsitz dort. Vorher lebte die Familie in Leipzig und Umgebung. Friedrich Wilhelm Fritzsche wird im Personenregister irrtümlich zweimal aufgeführt. (180)

Georg Fülberth

Dannemann, Bálint Gusztáv Mosóczi und Zoltán Mosóczi. Mit Transkriptionen und Erläuterungen der Lukács-Marginalien von Rüdiger Dannemann, Aisthesis Verlag, Bielefeld 2023, 379 Seiten, 40,00 Euro

2023 wird Lukács' »Geschichte und Klassenbewusstsein« (GuK), das zu den wohl einflussreichsten Werken für den

Marxismus des 20. Jahrhunderts zählt, 100 Jahre alt – allein schon diese enorme Bedeutung der Aufsatzsammlung rechtfertigt eine erneute Veröffentlichung, nachdem zum 90. Geburtstag bereits eine neue Ausgabe sowie eine eigenständige Veröffentlichung des sog. Verdinglichungsartikels erschienen sind, beide ebenfalls bei Aisthesis. Der eigentliche Grund der Neuauflage aber sind die Marginalien, die nun in einer Faksimile-Ausgabe von Lukács' Handexemplar erstmals veröffentlicht werden, versehen mit zeitgeschichtlichen Erläuterungen von Rüdiger Dannemann, der auch die Herausgabe besorgt hat.

Lukács hatte die Anmerkungen und Anstreichungen im Zuge der deutschen Neuauflage von *GuK* 1968 vorgenommen. Sie entstanden wohl in Vorbereitung eines langen Vorworts¹, das zugleich eine erneute Selbstkritik von *GuK* ist, über vierzig Jahre nach »Chvostismus und Dialektik« (um 1925/1926), das *GuK* allerdings noch gegen Kritiker verteidigt, und vierzig Jahre nach den unter Pseudonym verfassten »Blum-Thesen« von 1928, die nun Lukács' Bruch mit *GuK* markieren – nicht nur die Wirkungsgeschichte von *GuK* ist eine Geschichte für sich, sondern auch Lukács' eigener Umgang sowohl mit seinem epochalen Werk als auch mit dessen Wirkung. Dieser Umgang hat sich nicht nur in seinen Selbstkritiken niedergeschlagen, sie sind auch implizit bestimmten Schriften zu entnehmen (z. B. »Moses

Hess«), wobei bereits die Entstehung einiger Schriften als Reaktion auf die Folgen von *GuK* verstanden werden kann, wie etwa im Fall der schmalen Schrift »Lenin«, die unmittelbar nach *GuK* 1924 entstand, aber auch Lukács' Spätwerk, die »Ontologie«, die als eine großangelegte Selbstkorrektur verstanden werden kann und zugleich sein philosophisches Vermächtnis darstellt.

GuK hatte scharfe Kritik von den Exponenten des Marxismus-Leninismus erhalten (L. Rudas, A. Deborin, A. Sinowjev), und es hatte zudem Einfluss auf Mannheim und wohl auch auf Heideggers »Sein und Zeit«. Vor allem aber war es von den Autoren des sog. Westlichen Marxismus und der frühen Kritischen Theorie äußerst interessiert aufgenommen worden und hatte hier seine größte Wirkung. Anfang der 1940er-Jahre erfuhr das Buch dann auch in Frankreich Anerkennung, u. a. bei L. Goldmann, M. Merleau-Ponty, und im Vorfeld des Auf- und Umbruchs von 1968 entdeckte dann in gleich mehreren Ländern eine neue Marx-Rezeption das Buch für sich. So kam es, dass sich Lukács immer wieder und aus verschiedenen Lagern mit Deutungen konfrontiert sah, die er allesamt als irreführend empfand und gegen die er sich zum einen durch Selbstkritiken zu verwahren suchte und zum andern schlicht durch Publikationsverweigerung. In der Nachkriegszeit hatte Lukács *GuK*, genau wie die »Theorie des Romans«, nicht mehr zu seinem Werk gezählt und beide Bücher zu Lebzeiten auch nicht mehr publizieren wollen; allenfalls für die Zeit nach seinem Tod wollte er autorisier-

1 Georg Lukács: Vorwort (1967), in: ders., Geschichte und Klassenbewusstsein (Frühschriften II / Werke Bd. 2), Neuwied und Berlin 1968, S. 11–41.

te Fassungen freigeben, aber auch das nur unter Bedingungen (u. a. sollten sie Vorworte von Personen seines Vertrauens enthalten).

Er war mithin äußerst ungehalten gewesen, als in den 1960er-Jahren unautorisierte Neuauflagen erschienen. Im Bestreben, die Deutungshoheit über seine frühen Schriften nicht vollends zu verlieren, wickelte seine Publikationsverweigerung zunächst einer Verzögerungs- und Hinhaltetaktik, dann stimmte er der Wiederveröffentlichung seiner »Jugendwerke« in Italien, Großbritannien, Frankreich und West-Deutschland zu. So kam es Ende der 1960er-Jahre schließlich zu autorisierten Neuauflagen der frühen Schriften.

Die Marginalien, die zur Selbstverständigung in Vorbereitung des Vorworts zur 1968er-Neuauflage entstanden, zeigen Lukács noch einmal in seiner Paradedisziplin: seinem Willen zur schonungslosen Selbstkritik. Allerdings sind die Marginalien quantitativ wie qualitativ eher unauffällig, zu einigen Aufsätzen gibt es sogar fast gar keine Anmerkungen. Das ist einerseits erstaunlich angesichts der harschen Selbstkritik, der er sich ja bereits mehrfach unterzogen hat, andererseits sind die Ergebnisse dieser erneuten Durchsicht eben nicht in den Marginalien zu finden, sondern in seinem umfangreichen Vorwort zur Neuauflage von 1968. Es gibt Anstreichungen und kurze Kommentare einzelner Passagen, wobei die Anstreichungen zum Teil gar nicht von Lukács stammen, sondern von Leser:innen aus seinem Umfeld, denen er anscheinend sein persönliches Exemplar ausgeliehen

hat. Die knappen Kommentare sind dagegen alle von Lukács' Hand und betreffen Themen, die im Vorwort näher ausgeführt werden und die generell das Konfliktpotenzial des Buches ausmachen: Dialektik, Verhältnis von Partei und Spontaneität, Lenins Abbildtheorie, Engels' Naturbegriff und Dialektverständnis, die Rolle der Philosophie des Deutschen Idealismus.

Lukács' »abschließendes« Urteil über *GuK* fiel wohl ambivalent aus. Trotz aller Fehler, die er sich selbst attestierte, war es für ihn mehr als nur ein historisches Dokument, und es sei, so seine eigene Aussage, lesenswerter als vergleichbare Texte jener Zeit gewesen, sodass das Buch wohl seinen Nutzen gehabt habe. Diese ambivalente Einschätzung blieb indes seinem im Dezember 1922 geschriebenen ersten Vorwort treu: Es handle sich um Schriften der Selbstverständigung über den revolutionären Prozess und um Schriften eines Übergangs, die das Ende seiner »Lehrjahre« markieren.

Doch unabhängig von seinem eigenen Urteil: 100 Jahre danach – was war, was ist *GuK* für ein Buch?

Das Buch, besonders der Verdinglichungsbeitrag, wurde berühmt durch die zentralen Kategorien: Totalität, Prozess, Geschichte, Klassenbewusstsein, Warenform, Verdinglichung, Entfremdung, neuzeitliche Rationalität, Proletariat. Lukács führte sie auf die beiden Probleme zu, die ihm zufolge damals für den revolutionären Prozess entscheidend waren: Bewusstsein und Organisation. *GuK* ist aber ein Buch über *die Methode* (die auch in den Marginalien von jeglicher Selbstkritik verschont blieb): Es ist durchge-

hend eine Feier des dialektischen und des historischen Materialismus. Diese Bestimmung der Methode radikaler, ja revolutionärer Gesellschaftskritik stammt zwar erst vom späten Engels, und erst in der Zeit nach Lukács' *GuK* wurde sie in der Sowjetunion im sog. Diamat und Histomat zu einer regelrechten Weltanschauung ausgebaut. Aber es war Lukács, der dem Dialektischen, dem Historischen und dem Materialistischen der Methode die radikalste Bestimmung gab. Die Pointe liegt in einer Umkehr, von der die Faszination des Buches ausgeht: Es ist die naturwüchsige, unbewusste Form kapitalistischer Vermittlung, und mit

ihr der historische Prozess, kurz, es ist dieses *Methodische* der kapitalistischen Vergesellschaftung, das im Proletariat zu Bewusstsein kommen und reflexiv werden soll. Und die beiden »Orte«, an denen der gesellschaftliche und geschichtliche Prozess sich gleichsam selbst begreifen und in seine praktische Übernahme wie Überwindung umschlagen soll, sind das Selbstbewusstsein der Ware Arbeitskraft und die Partei – die Methode soll also reflexiv werden an genau jenen beiden »Orten«, die der Revolution solche Probleme bereiten: Bewusstsein und Organisation.

Frank Engster

Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken

Riccardo Altieri, Bernd Hüttner, Florian Weiß (Hrsg.): *Die Arbeiter*innen-Bewegung als Emanzipationsraum. Jüdinnen und Juden in der internationalen Linken*, Bd. 3 (= luxemburg beiträge Nr. 16), Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin 2023, 114 S. Download: https://www.rosalux.de/file-admin/rls_uploads/pdfs/luxemburg_beitraege/lux_beitr_16_juden_in_der_linken_bd3_web.pdf

Mit dem 3. Band zum Thema setzen die Herausgeber ihr Anliegen fort¹, durch Porträts linker jüdischer Persönlichkeiten zu einem sensibleren Umgang von Linken mit Juden beizu-

tragen. Nun wolle man Anregungen »zum Stellenwert von Herkunft und Identitäten« (3) bieten, die aktuelle Debatten betreffen: über Anforderungen an eine durch Zuwanderung und Differenzierung geprägte Gesellschaft.

Die Beiträge widmen sich dem sephardischen bzw. orientalischen Judentum. Während sich ersteres von der iberischen Halbinsel über Nordafrika bis zum Balkan ausdehnte, hatte letzteres seine Wurzeln in den Ländern des Mittleren Ostens, Nordafrikas und des Balkans. Erst im Zuge der Masseneinwanderung nach Israel wurden die Angehörigen dieser Gruppen als »Mizrachim« zusammengefasst, ohne zwischen kulturellen Eigenheiten zu unterscheiden. Marian Fritsch und Riccardo Altieri verweisen auf deren Benachteiligung in diesem Prozess, nehmen zugleich aber Begriffsbestimmungen vor. Antonios Kyriopoulos würdigt den jüdischen

1 Siehe Bd. 1 und 2 der gleichen Hg.: Die jüdische mit der allgemeinen proletarischen Bewegung zu vereinen. beiträge der rls 5. 2021 bzw. »Wenn du ausgegrenzt wirst, gehst du zu anderen Ausgegrenzten«. Beiträge 13 2022.

Beitrag in der Metropole Thessaloniki bei der Formulierung und Durchsetzung grundlegender sozialer und politischer Forderungen. Am Werdegang der Federacion Socialista Laboradera verdichtet er die Debatten innerhalb der Arbeiterbewegung, um breitenwirksamer zu agieren: beim Übergang von der osmanischen zur griechischen Herrschaft infolge der Balkankriege sowie der daraus resultierenden Frage nach dem Selbstverständnis – territoriale Autonomie der Nationen oder grenzüberschreitende kulturelle Identität. Dass diese Aktivitäten nicht die Hoffnungen erfüllten, sondern Sozialisten jüdischer Herkunft innerlich zerrissen, zeigt einfühlsam die Skizze von Kostis Karpozilos über Abraham Benaroya.

Reiner Tosstorff blickt auf Marokko, wo sich unter dem Einfluss der Berber, der jüdischen Zuwanderung aus Spanien und infolge der islamischen Eroberung ein heterogenes Judentum entwickelte – freilich unter besonderen Regeln analog zur europäischen Kammerknechtschaft. Anhand von vier Persönlichkeiten werden Konflikte und Entwicklungen diskutiert, denen sich Juden angesichts des kolonialen Agierens insbesondere durch Frankreich stellen mussten: einerseits die Impulse der Aufklärung, andererseits die Masseneinwanderung qualifizierter Arbeitskräfte und das Streben nach Unabhängigkeit. Als entscheidend für das Entstehen einer KP unter Einbindung von Juden werden die Entwicklungen in Europa ab 1934, »intensive antifaschistische Agitation« (35) und die Etablierung einer marokkanischen Volksfront genannt.

Tunesien besitzt eine ebenso lange jüdische Tradition und wurde ebenfalls durch Frankreich geprägt. Nadia El Ouerghemmi und Ahlem Hajjeji geben einen Überblick über die Rolle von Juden in der tunesischen Linken sowie über deren Motivation, sich speziell in der KP zu engagieren. Die Autoren zeichnen den kurzen Weg der von Juden geprägten Partei nach, die »als Erste das Ende der Kolonisierung« forderte (41), um nach der Unabhängigkeit 1956 aber in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Christian Dietrich reflektiert das »Erfolgsrezept der österreichischen Sozialdemokratie« (53) im ersten Drittel des 20. Jh.: Zur Bewältigung sozialpolitischer Aufgaben setzte sie mehr auf fachliche Kompetenz als auf Herkunft und Bekenntnis, was trotz antisemitischer Tendenzen in der Gesellschaft dazu führte, dass vor allem bürgerliche Juden das Stadtbild in Wien prägten. Der Autor problematisiert, wie Bundeskanzler Bruno Kreisky später an dieses Konzept, aber unter Einbindung von Ministern mit NS-Vergangenheit, anknüpfte.

Die Beteiligung von Juden in linken Studentenorganisationen, die sich seit der Weimarer Republik aktiv »gegen Faschismus und Hochschulreaktion« (65) engagierten, ist Gegenstand des Beitrags von Marion Keller. Auch sie stellt fest, dass sie zumeist bürgerlicher Herkunft waren, sich aber vor allem über ihr politisches Engagement definierten. So lag der Schwerpunkt in Frankfurt (M.) z. B. auf marxistischen Schulungen und Veranstaltungen, die weit über ihre Mitgliedschaft hinausstrahlten, ab 1933 aber unmöglich wurden.

Um die Bedeutung des Trotzismus für linke Theoriebildung und die Herausbildung einer internationalistischen Identität herauszuarbeiten, fokussiert sich Florian Wilde auf führende Protagonisten. Ihm gelingt es durch das Mittel des »Who is who«, die langanhaltende Attraktivität dieser Strömung gerade für jüdische Linke zu erhellen. Mario Kessler zeichnet diese Entwicklung am Weg des US-Amerikaners Max Shachtman nach, der aber aufgrund schwerer Differenzen mit dem Trotzismus brach.

Zutiefst enttäuscht von der Linken war auch der Shoa-Überlebende Jean Améry. Denn für ihn war die Auseinandersetzung mit der konkreten Erfahrung der Vernichtung essentiell (86) – zur Wahrheitsfindung und zugleich als Antwort auf die NS-Politik der Depersonalisierung. Pascal Beck zufolge stand diesem Anspruch zunehmend der von Linken vertretene Strukturalismus mit seiner Abstraktion sowie deren Antizionismus entgegen. Die unterschiedlichen Erfahrungen von Juden der französischen Neuen Linken – Daniel Cohn-Bendit, Pierre Goldman und André Glucksmann – mit der Mehrheitsgesellschaft

beleuchten Sebastian Voigt und Benjamin Männel anhand zweier Schlüsselereignisse der Nachkriegszeit.

Zum Abschluss widmet sich Florian Weis dem britischen Unterhausabgeordneten Ian Mikardo, dessen gesamtes politisches Agieren durch seinen osteuropäischen Migrationshintergrund und die Herkunft aus ärmsten Verhältnissen bestimmt war.

Unter jedem Beitrag findet sich Literatur zum Weiterlesen, am Heftende weitere Empfehlungen sowie ein Autorenverzeichnis. Das Titelbild reflektiert jedoch nicht die Vielfalt des Bandes, sondern identifiziert Judentum klischeehaft mit dem jiddischen Osteuropa. Außerdem nerven die vielen Gender-Sternchen, führen mit dem Zeilenumbruch gar zu Ungetümen wie »Judäober-ber*innen« (31).

Fazit: ein gelungener Beitrag, den Blick auf das Spektrum linker jüdischer Aktivist*innen um neue Facetten zu erweitern, die Bedeutung und Nachhaltigkeit kontinuierlich marxistischer Bildung zu betonen und aus der eurozentristischen Perspektive herauszutreten.

Anke Geißler-Grünberg

Der Allesfresser

Nancy Fraser: Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, übersetzt von Andreas Wirtensohn, Berlin 2023, Suhrkamp Verlag, 282 Seiten, 20,60 Euro

Nancy Fraser liefert mit ihrem Buch eine systematische Kritik des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das sie sie als »kannibalischen Kapitalismus« bezeichnet. In ihren Ausführungen verwendet sie die Metapher »Kannibalismus« für ein System, »das darauf ausgerichtet ist, die sozialen, politischen und natürlichen Grundlagen seiner eigenen Existenz zu verschlingen – und damit auch die Grundlagen unserer Existenz« (11).

listischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das sie sie als »kannibalischen Kapitalismus« bezeichnet. In ihren Ausführungen verwendet sie die Metapher »Kannibalismus« für ein System, »das darauf ausgerichtet ist, die sozialen, politischen und natürlichen Grundlagen seiner eigenen Existenz zu verschlingen – und damit auch die Grundlagen unserer Existenz« (11).

Für Nancy Fraser ist der »kannibalische Kapitalismus« die Ursache für die allgegenwärtige Krise, deren verschiedene Erscheinungsformen sich gegenseitig verschärfen. Sie will den Blick auf den Kapitalismus erweitern um die außerökonomischen »Zutaten« zur Sättigung der kapitalistischen Fresssucht, des Akkumulationszwangs. Wir erleben derzeit, so Fraser, »eine schwere kapitalistische Krise ..., ohne dass es eine kritische Theorie gibt, die sie erklärt – oder uns gar eine emanzipatorische Lösung aufzeigt« (18).

Die Autorin bezieht sich positiv auf Marx und sein theoretisches Hauptwerk, »Das Kapital«. Aber sie wendet ein, Marx habe es bei allen Verdiensten versäumt, »Geschlecht, »Rasse«, Ökologie und politische Macht als strukturierende Achsen der Ungleichheit systematisch zu berücksichtigen« (19). Denn die »wirtschaftlichen Vordergrundmerkmale« des Kapitalismus, also das Kapitalverhältnis, Mehrwertproduktion und -aneignung, Ausbeutung, so Fraser, hängen »von nichtökonomischen Hintergrundbedingungen« ab (40). Das sind »soziale Reproduktion, die Ökologie der Erde, politische Macht« und der ständige »Zufluss von Reichtum«, der »von rassifizierten Bevölkerungen enteignet wurde« und wird (41).

Im zweiten Abschnitt ihres Buches führt sie den Nachweis, dass der Kapitalismus schon immer aufs Engste mit rassistischer Unterdrückung verwoben war (57ff.). Für diese »rassistisch motivierte Unterdrückung« gibt es im Kapitalismus eine »strukturelle Basis« (77). Zusammengefasst: »Es war die Expropriation der Menschen in der

Peripherie (auch der Peripherie innerhalb des Zentrums), die die billigen Nahrungsmittel, Textilien, Rohstoffe und Energieträger lieferte, ohne welche die Exploitation der Industriearbeiter in den Metropolen nicht profitabel gewesen wäre« (81). Das gilt auch für den gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus (85).

Das ganz besondere Anliegen der Autorin, das sich wie ein roter Faden durch ihr Buch hindurchzieht, ist die Analyse des Kapitalismus als »Care-Verschlinger« (97ff.). Denn das »Kapital ernährt sich nicht nur vom Reichtum rassifizierter Bevölkerungsgruppen«, sondern es lebt auch davon, dass sich Menschen »um Familien kümmern, Haushalte in Schuss halten, Gemeinschaften unterstützen, Freundschaften pflegen, politische Netzwerke aufbauen und Solidaritäten schmieden« (97). Dieser »Care- oder Sorgearbeit« ist es zu verdanken, dass das Kapital stets mit »verwertbarer Arbeitskraft« versorgt wird (ebd.).

Ohne »diese soziale Reproduktionsarbeit« gäbe es weder Produktion noch Profit noch Kapital, weder Wirtschaft noch Kultur noch Staat. Die kapitalistische Wirtschaft ist also auf diese soziale Reproduktionsarbeit zwingend angewiesen – gleichzeitig aber »droht ihr Streben nach unbegrenzter Akkumulation genau diese Reproduktionsprozesse und -kapazitäten zu destabilisieren« (103). Die Autorin zeigt, dass die kapitalistische Wirtschaft ein Trittbrettfahrer von Tätigkeiten der Fürsorge und Interaktion ist, denen kein monetärer Wert zuerkannt werde, sondern die als kostenlos behandelt werden (100). Sozialrepro-

duktive Tätigkeit sei für das Funktionieren des Kapitalismus unabdingbar, da die produktive Lohnarbeit und der aus ihr gewonnene Mehrwert ohne die Sorgearbeit nicht existieren könne.

In einem weiteren Abschnitt argumentiert die Autorin, dass Umweltpolitik zugleich auch antikapitalistisch sein müsse. (129ff.) Denn der Kapitalismus habe nicht nur zur Arbeit, sondern auch zur Natur ein »kannibalistisches« Verhältnis. Er profitiere von der Natur, »destabilisiere« sie aber zugleich, weil sie »sich nicht wirklich unbegrenzt erneuern« könne. (141f.) Eine gegenhegemoniale Bewegung muss für Fraser daher über das rein Ökologische hinausgehen und ihre »ökologische Diagnose« mit anderen »lebenswichtigen Anliegen verbinden« (133).

Auch die Krise der Demokratie, die Nancy Fraser fest verankert in einer gesellschaftlichen Matrix verortet, bezieht sie in ihre analytischen Betrachtungen mit ein (189ff.). Das gegenwärtige Akkumulationsregime habe auch eine Krise des demokratischen Regierens erzeugt. Sie wertet Analysen, die diese Krise der Demokratie allein dem Neoliberalismus anlasten, als nicht ausreichend: Der »Kapitalismus überhaupt« sei »anfällig für politische Krisen und schädlich für die Demokratie« (192). Es handle sich um kein Demokratiedefizit, sondern die historisch spezifische Form des politischen Widerspruchs des Kapitalismus. Und ja, es ist ihr wohl zuzustimmen, dass erst der Beschluss einer kritischen Masse, die Ordnung durch kollektives Handeln ändern zu wollen, zu einer tatsächlichen Änderung der Ordnung führen könne (213).

Fraser schließt ihr Buch mit einem Kapitel, das die zuvor erläuterten Themen zu einem Plädoyer für Sozialismus im 21. Jahrhundert zusammenfasst (225ff.). Sie kommt zu dem Schluss, dass, wenn der Kapitalismus die nichtökonomischen Stützen der Warenproduktion kannibalisiere, dann müsse eine sozialistische Alternative mehr tun, als das Eigentum an den Produktionsmitteln zu vergesellschaften. Sie müsse auch die zuvor von ihr benannten »Ungerechtigkeiten beseitigen« (235). Die Alternative müsse auch die Beziehung der Produktion zu ihren nichtökonomischen Hintergrundbedingungen transformieren. Sie müsse also »nicht »nur« die Klassenherrschaft« überwinden, »sondern auch die Asymmetrien zwischen den Geschlechtern, die rassistische/ethnische/imperialistische Unterdrückung und die politische Herrschaft in den unterschiedlichsten Bereichen« (240) und natürlich auch das Problem »Klimawandel« (250) lösen. Das bedeutet, die Zusammenhänge von Herrschaft und Emanzipation, von Klasse und Krise, von Eigentum, von notwendiger Arbeit, freier Zeit und gesellschaftlichem Überschuss im Kontext eines nicht nur ökonomischen, sondern systemischen Gesellschaftskonzepts zu begreifen. Und in diesem erweiterten Sinne wäre Sozialismus als »echte Alternative« zu dem System zu begreifen, »das derzeit den Planeten zerstört und unsere Chancen auf ein freies, demokratisches und gutes Leben zunichtemacht« (250). Aufmerksame Leser:innen sehen sicherlich, dass auch schon andere kritische und marxistische Theoretiker:innen vor ihr ähnliche

Gedanken formuliert haben. Der *Allesfresser* von Nancy Fraser liest sich aber in der Tat recht flott, einleuchtend und motivierend und mag dazu beitragen, die Leserinnen und Leser einfühlsam

über die komplexen Zusammenhänge von Produktion und sozialer Reproduktion einer kapitalistischen Gesellschaft nachvollziehbar aufzuklären.

Willy Sabautzki

Einschrumpfender Kommunismus

Kohei Saito: Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus, dtv, München 2023, 320 S., 25,00 Euro

Das jüngste Buch des japanischen Associate Professors für Philosophie an der Universität Tokio Kohei Saito markiert einen Einschnitt in der Geschichte des Ökosozialismus. Ausschlaggebend dafür ist, dass dieser mit der Publikation endgültig im linken Flügel des bürgerlichen Blocks angekommen ist. In Japan wurden mehr als 500.000 Exemplare des Buchs verkauft und auch in Deutschland firmiert es bereits als Bestseller. Anlass zur Freude ist das nicht: Saito hat nämlich eine Version des Ökosozialismus in die Welt gebracht, für die er zielsicher die theoretisch am wenigsten überzeugenden Elemente des Diskurses mit einer zweifelhaften Interpretation des marxischen Werks und dem politischen Common Sense der grünsozialdemokratischen Bewegungslinken kombiniert hat.

Dabei fängt das Buch vielversprechend an: mit einer Polemik gegen die UN-Sustainable Development Goals (SDG). Sie als zeitgenössisches »Opium des Volks« (9) einzustufen, mag etwas hoch gegriffen sein, ist aber ein heilsames Antidot gegen Ideen,

die SDG als Maßstab für die Qualität gesellschaftlicher Verhältnisse und deren Entwicklungsdynamik zu nutzen. Auch an Saitos Kritik des »Klima-Keynesianismus« (45) – gemeint sind die diversen Ideen eines Green New Deals – und »kapitalistischer« (77) Degrowth-Varianten im zweiten und dritten Kapitel ist wenig auszusetzen. Kurzgefasst: Erste gründeten immer noch auf Wirtschaftswachstum und damit letztlich auf weiterer Naturzerstörung. Letztere könnten nicht überzeugend darlegen, wie Minus-Wachstum und Naturschutz im Kapitalismus funktionieren sollen, weil beide dessen Funktionsweise unterminierten. Dass es allerdings eine »Degrowth-Theorie der neuen Generation« gebe, die mit der alten breche und »die Überwindung des auf Ausbeutung und Herrschaft basierenden Klassengegensatz« (104) anstrebe, ist eher unter Wunschenken zu verbuchen.

Komplett daneben greift Saito, wenn es im ersten Kapitel darum geht, die ökologische Krise des Kapitalismus zu erklären. Statt als Resultat der sozialen Relationen der Klassen zueinander und zur Natur erscheint sie nämlich wahlweise als eine der imperialen Lebensweise, der Externalisierungsgesellschaft oder des »ökologischen Imperialismus« (37). Saito popularisiert also gerade die schwächsten Ansätze der deutschen Debatte. Entsprechend

der offenkundigen und viel diskutierten Unzulänglichkeiten der Originale von Ulrich Brand und Markus Wissen respektive Stephan Lessenich landet auch Saito immer wieder beim Nord-Süd-Gegensatz als sozialökologischem Hauptwiderspruch. Oder beim Konsum des Globalen Nordens statt bei der Produktion, was dazu führt, dass er später im Buch noch die »imperiale Produktionsweise« (221, Herv. C.S.) einführt, welche aber völlig unvermittelt mit der Ursachenanalyse bleibt. Dasselbe gilt für die Ausbeutung der Arbeiterklasse, die Saito zwar erwähnt, aber für seine Theorie keine Relevanz hat – eine Kontinuität zu seiner Arbeit »Natur gegen Kapital« (2016). Naturzerstörung kommt im Buch entsprechend als das Ergebnis wiederkehrender ursprünglicher Akkumulation und Marktexpansion, ungleicher internationalen Beziehungen und der Auslagerung von sozialökologischen Problemen daher. Natürlich tragen all diese Prozesse zur Naturzerstörung bei. Aber sie darauf zuzuschneiden entspricht eben jener zirkulations- und machttheoretisch verkürzten Lesart des Kapitalismus, wie sie mittlerweile auch in der deutschsprachigen ökosozialistischen Diskussion vorherrscht.

Das zentrale Anliegen des Buchs ist allerdings nicht die Ursachenanalyse. Saito verfolgt vielmehr, wie er im Vorwort erklärt, die Absicht, »mit der passenden Strategie die richtige Richtung einzuschlagen« (12). Sein Vorschlag dafür ist der »Degrowth-Kommunismus« (207). Kapitel vier soll dafür den theoretischen Grundstein legen. Darin behauptet er – frei nach Althusser – einen neuen »epistemologischen Bruch«

(146) in Marx' Werk. Von den 1840er- bis in die 1850er-Jahre sei Marx ein eurozentristischer, geschichtsteologisch denkender Produktivist gewesen. In den 1860ern habe er sich dann dem Ökosozialismus zugewendet, aber immer noch die Entwicklung der Produktivkräfte als Motor sozialen Fortschritts betrachtet. Mit Beginn seines Studiums der Naturwissenschaften (gemeint ist vor allem die Bodenökologie) und vorkapitalistischer Gesellschaften nach der Veröffentlichung des ersten *Kapital*-Bands (1867) habe er jedoch die Möglichkeit einer Gleichgewichtswirtschaft auf Basis gerechter kommunaler Gemeinschaften entdeckt und daraufhin endgültig mit Produktivismus, Eurozentrismus und deterministischer Geschichtsphilosophie gebrochen.

Saitos Beweisführung ist sowohl hinsichtlich der harschen Anwürfe als auch der Begründung des Degrowth-Kommunismus für einen Marx-Experten unzulässig dünn. Ein, zwei Textstellen aus abertausenden Seiten, teils mutwillig eindimensional und entkontextualisiert interpretiert, reichen ihm aus, um die klassischen Vorhaltungen des Linksliberalismus und von Teilen der Neuen Linken wieder aufzuwärmen und sie Marx zu machen. Dabei gälten sie, wenn überhaupt, einem gewissen, mittlerweile marginalisierten Marxismus. Ähnlich viel Phantasie bringt Saito auf, um in den Briefentwürfen an die russische Sozialdemokratin Wera Sassulitsch oder in der »Kritik des Gothaer Programms« eine Vorstellung des Kommunismus in Form von kleinen selbstverwalteten Dorfgemeinden aufzusuchen.

Saitos Ass im Ärmel: Marx' »Neuinterpretation der Vision einer zukünftigen Gesellschaft« habe »nicht einmal Engels« (147) verstanden. Auch könne man den »theoretischen Wandel aus den aktuell erhältlichen Ausgaben des »Kapitals« nicht herauslesen«, weil Engels die unvollendeten Passagen »verheimlicht« (115) habe. Diese anti-Engels Argumentation in der Tradition der Neuen Marx-Lektüre gipfelt in folgender Bemerkung: »Man kann wohl ohne Übertreibung sagen, dass dieses Missverständnis die Marxsche Ideologie einerseits verzerrt und das Monster des Stalinismus hervorgebracht hat, andererseits aber auch die Ursache dafür ist, dass die Menschheit mit einer schrecklichen Umweltkrise zu kämpfen hat.« (116) Aber zum Glück gibt es »eine Handvoll Experten«, die Marx' »Forschungsnotizen studiert haben« (116) – Experten wie Kohei Saito. Es ist selbstverständlich ein Verdienst Saitos, Marxens Exzerpthefte zu den Agrarwissenschaften und zur politischen Ökonomie ausgewertet und damit die marxische Ökologie untermauert zu haben. Aber er kann nicht einmal ein paar unzweideutige Aussagen anführen, die seine neoalthusserianische Deutung der marxischen Werkentwicklung rechtfertigen.

Saitos Aufheben um den mutmaßlichen Bruch bei Marx erschließt sich im Laufe der weiteren Darstellung besser, wird dadurch aber nicht plausibel. Zunächst plustert er in Kapitel fünf den »linken Akzelerationismus« (153) am Beispiel von Aaron Bastanis 2019 publizierten Manifests für einen »Fully Automated Luxury Communism« zum großen innerlinken An-

tagonisten auf. Die Gründe: dessen Produktivkraftfetischismus und auf Wahlen, Parlaments- und sogar Regierungsbeteiligung angelegte Strategie des sogenannten Luxuspopulismus. Bastanis Reformulierung traditionell sozialdemokratischer Positionen ist in der Tat unhaltbar, wird in der heutigen Linken im Westen aber nur (noch) von Minderheiten vertreten. Dennoch nutzt Saito Akzelerationismus und das hypothetische Zukunftsszenario eines »Klima-Maoismus« – eine »zentralistische Diktatur (...), die möglicherweise »effektivere« und »egalitäre« Klimaschutzmaßnahmen forciert« (87) –, gemeint ist wohl China, als Folie, gegen die er seine eigene Strategie in den letzten drei Kapiteln entwickelt. Um es vorwegzunehmen: Akzelerationismus bzw. Klima-Maoismus und Degrowth-Kommunismus sind kommunizierende Röhren. Wo der eine A sagt, sagt der andere Nicht-A – und umgekehrt.

Saitos Argumentation läuft schlussendlich darauf hinaus, dass sich kleine Gemeinden sukzessive die Produktionsmittel als öffentliche Güter, sogenannte Commons, »zurückholen« (191) sollen, um dann »selbstbestimmt, mit flachen Hierarchien und gemeinsam« (192) die öffentlichen Güter zu verwalten. Dazu gehört, dass diese »anderen Überfluss« (171) erzeugten und »freiwillige »Selbstbeschränkung«« (203) leisteten, um »den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft« (194) zu erreichen. Hier zeigt sich der zeitgenössisch-legitimatorische Charakter von Saitos Marx-Exegese.

Die »Überwindung des Kapitalismus« könne, so der Philosoph, gelingen, »indem der Bereich der Commons

immer mehr ausgeweitet« (109) wird. Dieser »Übergang zu einer Postwachstumsgesellschaft« solle »freiwillig« (105) geschehen. Als Ansätze in diese Richtung interpretiert er unter anderem »Bürgerversammlungen« (159), Arbeiterkooperativen und -genossenschaften sowie municipalistische Initiativen wie die der »Fearless Cities« (247). Die Träger einer Transformation für einen »partizipatorischen Sozialismus« (215) – dessen Abgrenzung zum *Degrowth*-Kommunismus (Herv. C.S.) nicht erklärt wird – seien »soziale Bewegungen« (222), unter anderem die »weltweit ›revolutionären‹ Umweltbewegungen« (94) wie Extinction Rebellion oder das Sunrise Movement.

In anderen Worten: Saito reproduziert unter neuem Namen klassische Vorstellungen der grünsozialdemokratischen, libertären Bewegungslinien – mit all ihren Fehlern. Es gibt

keinen Bruch, sondern ein allmähliches Hinüberwachsen in eine andere Gesellschaftsformation. Dabei wird die Machtfrage ausgeblendet. Kulturrevolution ersetzt die Eroberung des Staates – anstatt beide als komplementäre Elemente einer sozialistischen Strategie zu begreifen. Soziale Bewegungen werden idealisiert, nicht klas-sentheoretisch analysiert und – wie der Staat – als Feld und Taktik sozialistischen Klassenkampfes erschlossen. Das Subjekt der Veränderung wird politizistisch bestimmt, nicht sozio-ökonomisch hergeleitet. Die Klassen sind ohnehin reduziert auf Zierde eloquenter Rhetorik. Eine eigenständige Organisationsperspektive für Sozialisten und Kommunisten gibt es nicht. Angesichts solcher Probleme ist der Bestseller auch kein Hoffnungsschimmer am Firmament.

Christian Stache

Wohllöblicher Hegemon?

Werner Rügemer: Verhängnisvolle Freundschaft. Wie die USA Europa erober-ten. Erste Stufe: Vom 1. zum 2. Weltkrieg, PapyRossa, Köln 2023, 324 S., 22,90 Euro

Würde eine erneute Regierung Trump das Ende der »wohllöblichen Hegemonie« der USA in der von ihnen geführten Weltordnung mit sich bringen? Werner Rügemer argumentiert, dass es das Wohlwollen in der Weltordnungspolitik der USA nie gegeben habe, nicht gegenüber den Bündnispartnern und schon gar nicht gegenüber den als feindlich erklärten Staaten, die sich dem von den USA

praktizierten Weltordnungskonsensus nicht unterordneten. Der Autor betont eingangs diese These mit einem Zitat von Henry Kissinger, der geäußert haben soll: »Es kann gefährlich sein Amerikas Feind zu sein; aber Amerikas Freund zu sein, ist verhängnisvoll.« (11)

Die Charakterisierung der Führung in der von ihnen beherrschten Weltordnung als wohllöblich gehöre zu einer moralisch überhöhten (Selbst-) Darstellung, in der die USA das Gute in einer Welt verkörpern, die von Chaos, Krieg und Diktatur ständig bedroht sei. Gegen Schurkenstaaten, Diktatoren, Kommunisten, Terroristen, Autokraten sichere sie eine bessere Welt, in der

Demokratie, Menschenrechte, Freiheit des Handels und des Eigentums sowie Frieden ausgebaut werden sollen. Auf ihrem Weg zur Weltmacht sind die USA von Beginn an mit diesem moralischen Anspruch aufgetreten. Dieser stand stets im Widerspruch zur Realität des Handelns ihrer Machteliten. Dies sei gekennzeichnet durch Eroberungen, Kriege, Sklaverei, Missachtung von Menschenrechten und nationaler Souveränität sowie Terrorismus.

Rügener stellt sich die Aufgabe, diese moralische »Selbstüberhöhung« zu dekonstruieren und den Widerspruch herauszuarbeiten, der von Beginn an Selbstdarstellung und tatsächliche Praxis der USA kennzeichneten. Er führt den Leser in acht Kapiteln, mit 73 kritisch zugespitzten Zwischenüberschriften durch seine Sicht auf den Griff der USA zur Weltmacht und die damit verbundenen Doppelmoral, von der schließlich nur der Grundsatz übrig blieb »America First« (der eigentlich »USA First« heißen müsste). Rügener zeigt, dass dieser Grundsatz nicht erst von Donald Trump stammt, sondern den Aufstieg der Weltmacht von Beginn an bestimmte. Im Kontrast zur medialen Selbstvermarktung der USA schreibt der Autor deren Geschichte um und liefert dem Leser Material zur Vertiefung. Für die Zeit bis zum ersten Weltkrieg z. B.:

- Die USA seien nicht als Demokratie, sondern als kolonialer Sklavenstaat entstanden. Ein Wahlrecht wurde nur vermögenden Steuerzahlern zugestanden. Die Väter der Verfassung seien selbst Sklavenhalter gewesen. (34)
- Der »pursuit of happiness« meinte die uneingeschränkte Freiheit der besit-

zenden Eliten, ihr Eigentum und ihre Macht auf ganz Nordamerika und darüber hinaus zu erweitern.

- Die frühen US-Regierungen verkündeten den Verzicht auf Eroberungen. Das stand im Gegensatz zu den vielen Eroberungskriegen, die sie im 19. Jh. für die Ausweitung ihres Staatsgebietes führten.
- Der Anspruch auf Verwirklichung der Menschenrechte stand nicht nur im Gegensatz zur Sklaverei, sondern auch zum Völkermord an der Urbevölkerung.
- Mit der Androhung von Gewalt und dem Einsatz militärischer Macht verschafften sie sich Zugang zu den asiatischen Märkten.
- Im Amerikanischen Bürgerkrieg ging es nicht um die Abschaffung der Sklaverei, sondern darum, den US-Staat als Einheit und Machtfaktor zu erhalten.
- Im Gegensatz zum propagierten Antikolonialismus errichteten sie nach dem Krieg gegen Spanien eine Kolonialherrschaft auf den Philippinen, die erst nach dem 2. Weltkrieg endete.

Nachdem die Eroberung des nordamerikanischen Kontinents zum Ende des 19. Jh. abgeschlossen war, richtete sich das imperiale Streben der USA auf die Erweiterung ihres Einflusses auf den Weltmärkten, insbesondere in Asien. Für US-Banken, -Industrie und -Handelsunternehmen sollten Wachstums- und Profitperspektiven über den Binnenmarkt hinaus eröffnet werden.

Die entscheidenden Schritte zur Ablösung Großbritanniens als führender Weltmacht wurden von den USA im Verlaufe der beiden Weltkriege gemacht. Rügener argumentiert, dass sich während der Weltkriege bewahr-

heitete, dass die Bündnispartner nicht mit Wohlwollen behandelt wurden, sondern in Abhängigkeit gerieten und ihre führende Stellung verloren.

In den 1. Weltkrieg traten die USA erst spät ein. Die US-Banken unterstützten aber die Entente mit Krediten. Die US-Banken und -Industrieunternehmen konnten wachsen und Gewinne verzeichnen. Frankreich und England wurden zu Schuldnern der US- Wirtschaft. Es war zu erwarten, dass beide nach dem Krieg nicht in der Lage sein würden, ihre Schulden zu bezahlen. Darum gab es keine Bereitschaft, Initiativen für einen Friedenskompromiss aufzunehmen. Stattdessen traten die USA 1917 selbst in den Krieg ein. Sie forderten die bedingungslose Kapitulation, damit der Verlierer des Krieges mit den auferlegten Reparationen den Schuldnern der USA Schuldentrückzahlung ermöglichen sollte. Rügemer fasst die »US-Kriegsbilanz« zusammen: Die wirtschaftliche Förderung des Krieges durch die USA wirkte einem früheren Waffenstillstand entgegen. Die Profite der US-Unternehmen wurden gesichert, der Krieg brachte für die US-Industrie eine »ausgezeichnete Ausgangsposition für weitere internationale Expansion.« (120)

Rügemer zeigt, dass für die USA der Hauptfeind in der Zwischenkriegszeit die Sowjetunion war. Die US-Regierung beteiligte sich schon 1917 ff. an den Interventionskriegen gegen das Land. Erst 1933 wurden diplomatische Beziehungen aufgenommen. Andererseits hatten Administration und Unternehmen keine Probleme, mit den faschistischen Diktaturen Europas zu kooperieren. In den USA hoffte

man (wie auch die bürgerlichen Regierungen Frankreichs und Großbritanniens), dass Nazi-Deutschland Krieg gegen die Sowjetunion führen werde und sie sich gegenseitig vernichteten. (229, 236) Das war auch der Grund dafür, dass man die forcierte Aufrüstung des Deutschen Reiches, die die Auflagen des Versailler Vertrags missachtete, tolerierte. Dies Motiv war auch grundlegend für die Beschwichtigungspolitik gegenüber den Expansionsansprüchen Hitlers.

Rügemer interpretiert das späte Eingreifen der USA in den Krieg nach Pearl Harbour (und der deutschen Kriegserklärung 1941) als Teil einer gezielten Strategie. Deshalb hätten sie zu Beginn des Krieges (wie im 1. Weltkrieg) nur kriegsfördernd finanziell und wirtschaftlich eingegriffen. Ihr Kriegsziel sei 1940 ein neuer »American Imperialism« gewesen. (234 ff.) Es war die Wiederholung des Handlungsmusters aus dem 1. Weltkrieg: den Alliierten helfen und sie gleichzeitig schwächen. (237) In diesem Fall traf es sowohl die alliierten Engländer als auch die mit den USA in der »Anti-Hitler-Koalition« verbundene Sowjetunion. Sie bekam die seit langem gewünschte militärische Entlastung erst, als die Rote Armee die Wehrmacht schon entscheidend geschlagen hatte. Die Kredite an Großbritannien wurden mit der Auflage verbunden, den USA Militärstützpunkte in englischen Kolonien zu überlassen. (238) Die Lieferungen an die Sowjetunion wurden von dieser mit Rohstoffen und Gold bezahlt. (241)

Mit dem Kriegsende hatten die USA ihr Ziel erreicht. Gleichzeitig

kündigten sie die Kooperation mit dem Bündnispartner Sowjetunion und leiteten den Kalten Krieg ein. Sie führten ihre Verbündeten in eine über 40 Jahre anhaltende Politik der System-Konfrontation, während der die Welt ständig unter der Bedrohung eines atomaren Vernichtungskrieges stand. Diese Politik werde gegenwärtig gegen neue erklärte Systemgegner fortgesetzt. Rügemers Schlussfolgerung: »Die Abkoppelung vom US-Muster ist überlebensnotwendig für die übergroße Mehrheit der Menschen auf allen Kontinenten.« (290)

Der Text ist im Stile einer Anklageschrift verfasst, die mit Beweisen und Indizien arbeitet. Der Autor pflegt eine saloppe Sprache und grenzt sich dadurch vom akademischen Milieu ab, das sich hierzulande nur selten so

übergreifend wie Rügemer mit dem Thema befasst hat. Hier und da nimmt sich der Autor zu wenig Zeit für Quellenangaben und erschwert dem Leser die Überprüfung. Dies gilt z. B. für die nicht genannte Quelle seines einführnden Kissinger Zitats. (11) Ein weiteres Beispiel ist das Zitieren von Alexis de Tocqueville aus der Sekundärliteratur. (96). Seine These der Kontinuität des »America First« und die Kritik der Legende von der »wohlwollenden Hegemonie« belegt er gleichwohl mit einer Vielzahl von Quellen und neuerer Literatur und zeichnet den Lesern ein epochenübergreifendes Gegenbild zu den vorherrschenden Klischees über die selbstlose Hegemonialpolitik der führenden Weltmacht.

Gerhard Weiß

Italienische Rechte

Gerhard Feldbauer: Giorgia Meloni und der italienische Faschismus. PapyRossa, Köln 2023, 167 S., 14,90 Euro

Giorgia Meloni wurde mit ihrem Team am 22. Oktober 2022 vereidigt. An diesem Tag trat sie ihr Amt als Ministerpräsidentin Italiens an. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg übermittelte Glückwünsche und gab seiner Freude Ausdruck, mit ihr zusammenarbeiten zu dürfen. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen war erfreut, dass Meloni als erste Frau in das italienische Regierungskam. Der rechte Vormarsch erreichte mit dem Wahlsieg und Regierungsantritt der Führerin der aus der Allian-

za Nazionale (AN) hervorgegangenen Brüder Italiens (FdI), Giorgia Meloni, einen neuen Höhepunkt.

Die am 15. Januar 1977 in Rom geborene Meloni stammt aus den einfachen Verhältnissen einer Angestelltenfamilie. Das betont sie oft. Sie verschweigt zugleich, dass ihre aus Sizilien stammende Mutter Anna Pratore dem faschistischen Movimento Sociale (MSI) angehörte. Ihr Vater Francesco Meloni war ein aus Sardinien stammender Steuerberater, der die Familie verließ, als Giorgia drei Jahre alt war. Dem Beispiel der Mutter folgend trat sie als 15-jährige Gymnasiastin in den Fronte della Gioventù (Jugendfront) des MSI ein, einer Kadenschmiede zur Heranbildung des Parteinachwuchses. Beim MSI han-

delte es sich um eine Wiedergründung von Mussolinis Partito Nazionale Fascista. Ihr Gründer war der Staatssekretär des »Duce«, Giorgio Almirante, der dessen führender Rassenideologe und unter anderem Mitherausgeber des rassistischen Hetzblattes *Difesa della Razza* war. Noch kurz vor Kriegsende gab er einen Befehl zur Erschießung von Partisanen, von diesen »Genickschusserlass« genannt.

Nach Kriegsende gelang es dem italienischen Faschismus, sich als Bewegung weitgehend intakt über seinen politischen und militärischen Zusammenbruch hinwegzuretten und den neuen Bedingungen anzupassen. Feldbauer hebt hervor, dass dies nur mit Hilfe der USA möglich war. Den USA ging es darum, eine von Kommunisten und Sozialisten dominierte antifaschistische Umgestaltung und eine entsprechende Regierung zu verhindern. Das Ziel bestand darin, die Südflanke der künftigen NATO zu sichern.

Nach Verkündung der Truman-Doktrin im März 1947 flossen zwischen 1948 und 1952 1,5 Mrd. Dollar an US-Krediten nach Italien. Italien beteiligte sich 1949 an der Gründung der NATO. 1950 wurde der erste Vertrag geschlossen, der den USA Militärstützpunkte zur Verfügung stellte.

Feldbauer schlägt den Bogen von der paramilitärischen Geheimorganisation der NATO »Gladio«, über die Rolle der Geheimloge »P2 bis zu Aldo Moros (Democrazia Cristiana) »Öffnungspolitik nach links«, von der kritischen Bewertung des Eurokommunismus bis zum Zerfall der IKP nach 1989 und zur unzureichenden Koordinierung der linken Splitterparteien,

die die skandalösen Regierungsperioden Silvio Berlusconi überhaupt erst ermöglichten. Mit dem Mord an Moro wurde nicht nur der Linken, sondern auch der traditionell nach links tendierenden bürgerlichen Mitte eine strategische Niederlage bereitet, die bis ins 21. Jahrhundert hinein zum Vormarsch der Rechten beitrug. Feldbauer verweist auch auf die Enthüllungen vom November 1994, die die Pläne des Pentagon offenbarten: Falls die Kommunisten legal in Italien an die Macht kämen, würde eine sofortige Intervention stattfinden, Sardinien und Sizilien abgetrennt und ein Guerillakrieg eröffnet.

Feldbauer geht davon aus, dass der Ukraine-Krieg zu einer zentralen Frage der politischen Auseinandersetzungen in Italien werden wird. In dieser Frage werde Giuseppe Conte, wenn er weiter die Fünf-Sterne Partei mehrheitlich hinter sich bringt, zu Melonis zentralem Gegenspieler werden. Conte hat nach der linken Mitte mehrfach seine Haltung bekräftigt, keine Waffen mehr in die Ukraine zu liefern und für Verhandlungen einzutreten.

Feldbauer ist überzeugt, dass der Krieg in der Ukraine nicht mit einem Sieg über Russland enden wird. Er verweist auf ein geheimes Treffen von William Burns, Direktor des US-Auslandsgeheimdienstes CIA, und dessen russischem Amtskollegen Sergej Naryschkin im November 2022 in der Türkei. Sie verhandelten über ein Kriegsende in der Ukraine. Einen Monat später meldete sich der frühere US-Außenminister Henry Kissinger. Er verlangte ein Ende der Kämpfe in der Ukraine. Andernfalls drohe ein neuer

Weltkrieg, meinte Kissinger. Russland solle die Territorien behalten können, die es zu Kriegsbeginn kontrollierte, also Teile des Donbass und die Krim. Über den Rest der russischen Eroberungen seit Februar sei zu verhandeln und der Wille der betreffenden Bevölkerung durch erneute Referenden sollte eingeholt werden.

Feldbauer geht davon aus, dass der Weg zu einer Verhandlungslösung lang sein werde. Aber schon dessen Einleitung werde eine Niederlage für die Meloni-Regierung bedeuten. Im Ergebnis eines solchen Prozesses würden die Friedenskräfte, so die Annahme Feldbauers, in Italien Auftrieb erhalten.

Grundlagen Sozialer Reproduktionstheorie

Aaron Jaffe: Social Reproduction Theory and the Socialist Horizon. Work, Power and Political Strategy, Pluto Press, London 2020, 154 Seiten, 22,99 Britische Pfund.

In kompakter Form präsentiert Aaron Jaffe in der Pluto Press Serie zu Sozialer Reproduktionstheorie (SRT) ein einführendes Werk, welches verschiedenste Fragen sozialer Differenzierung und spezifischer Formen der Abwertung von Arbeit und unterschiedlichen Körpern in den Blick nimmt. Dabei beginnen alle sechs Kapitel stets mit Zitaten aus seiner empirischen Forschung in den USA, bei denen Arbeiter:innen selber zu Wort kommen und ihre Lebens- und Kampfrealität aus ihrer eigenen Perspektive schildern. Im Verlauf der Kapitel geht Jaffe

Im Anhang stellt Feldbauer die nach dem Zusammenbruch des alten Parteiensystems 1991/92 entstandenen Formationen vor. Von besonderem Interesse ist Melonis FdI (Fratelli d'Italia), die als Parteisymbol die seit der Gründung des MSI im Logo geführte Flamme über einem schwarzen Sarg übernahm, die den Geist Mussolinis verkörpern soll, ferner die in vier Parteien gesplante kommunistische Bewegung; PRC (Partito della Rifondazione Comunista), die PCI (Partito Comunista Italia, PCL (Partito Comunista del Lavoratori) und PC (Partito Comunista). Leider fehlt ein Personenverzeichnis.

Siegfried Prokop

auf Aspekte dieser einführenden Zitate ein und baut so sein Argument sehr lebensnah auf – eine seltene Kunst in der Politischen Theorie. Überzeugend schafft es Jaffe im zweiten Kapitel die Marxsche Werttheorie, sowie eine Definition von Arbeit, Kapital und Klasse aus marxistischer Perspektive verständlich und barrierearm darzustellen, weswegen dieses Buch gerade als Einführung nicht nur in Soziale Reproduktionstheorie, sondern auch in die Grundlagen zentraler marxistischer Konzepte dienen kann. Macht im Sinne der Macht der Arbeiterklasse als Reichtum produzierende Klasse wird entgegen der dominanten postmodernen Lesart verhandelt. Jaffe nennt dies »Macht als Potenzialität« (29) und verdeutlicht so, entgegen einer vulgären Lesart, dass diese Macht der Arbeiterklasse eine potenzielle ist, die erst als solche organisiert und so-

mit entfacht werden muss. Damit zeigt Jaffe, dass das, was »als freiere Macht und was als eingeschränkte Macht gilt, [...] gesellschaftlich bedingt« ist (46). Daraus leitet er ab, dass die Formen der Nutzung unserer Arbeitskraft im Kapitalismus gesellschaftlich bedingt sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Das bedeutet, dass Menschen im Kapitalismus auf diverse Barrieren zur vollumfänglichen Ausübung ihrer Kapazitäten (ihres Arbeitsvermögens) stoßen und somit nur einen kleinen Pool ihres realen Arbeitspotenzials mobilisieren können (47). Wobei Arbeit als menschliche Tätigkeit verstanden wird – nicht primär oder nur als Arbeit in lohnabhängiger Form. So diskutiert Jaffe Fragen von Behinderung (52ff) oder auch queeren Lebensentwürfen und konkret intergeschlechtlichen und Transrealitäten unter dem Aspekt Sozialer Reproduktion (58ff) – eine erfrischende Erweiterung der Debatte. Der Autor zeigt wie das gesellschaftliche Arbeitspotenzial von beispielsweise Behinderten, Queers, Inter und Trans nicht nur massiv im Kapitalismus eingeschränkt wird, sondern auch wie Theorien der Sozialen Reproduktion die Bedingungen dieser gesellschaftlichen Hürden analysieren und angreifen können. Jaffe schreckt auch nicht davor zurück, großen Namen der Sozialen Reproduktionstheorie wie Lise Vogel oder Silvia Federici ihre Grenzen zu zeigen und damit einen Rahmen für eine immanente Kritik ihrer Beiträge herauszuarbeiten. Bei beiden kontextualisiert er beispielsweise die naturalistische Vergeschlechtlichung von Körpern in zwei binäre extreme Pole (61). Bei Federici greift er spezifisch

folgendes auf: Körper würden dadurch vergeschlechtlicht, aber in der Praxis keine Vergeschlechtlichung erzeugen. Damit unterstreicht er, dass Federici zwar die Naturalisierung von Körpern kritisiert, aber nicht die Beziehungen von Menschen untersucht, um die Geschlechterverhältnisse, wie sie uns zu verschiedenen Epochen erscheinen, zu erklären. Noch stärker kritisiert Jaffe die politische Konsequenz bei Federici: »Wenn man davon ausgeht, dass das Kapital Frauen diverser natürlicher Kräfte beraubt, indem es sie auf die soziale Reproduktion der Arbeitskraft für das Kapital beschränkt, ist die Lösung für Federici *nicht* eine Revolution jenseits der kapitalistischen Formen der sozialen Reproduktion. Stattdessen tendiert sie zu [...] Rekommunalisierung, Renaturierung und einer Rückkehr zum Widerstand.« (63) Jaffe schafft es gut aufzuzeigen, wie Klasse, anders als in der aktuell in akademischen und linken Kreisen beliebten Intersektionalitätstheorie behauptet, nicht ein weiterer sozialer Faktor von vielen ist: »Das Klassenverhältnis und die Art und Weise, wie geschlechtsspezifische Gewalt funktioniert, sind untrennbar miteinander verbunden. [...] Die Intersektionalität tendiert dazu, sich auf die gelebte Erfahrung und die differenzierende Kraft dieser und weiterer spezifizierter Verbindungen zu konzentrieren. Die SRT hingegen geht von den konjunkturellen Fakten der Verbindung zu einer Darstellung dessen über, was die Verbindung in ihrer kontinuierlichen Reproduktion antreibt. Auf diese Weise wird dem Klassenverhältnis, das den Kern der kapitalistischen Gesellschaftsorganisation

bildet, Priorität eingeräumt.« (85) Er stellt fest, dass »die Behauptung, dass alle klassenbasierten Formen der Ausbeutung von Arbeitskräften dasselbe Ziel verfolgen, weit davon entfernt [ist], die Homogenität aller Formen der Ausbeutung zu behaupten.« (82)

Trotz der guten Lesbarkeit und der plausiblen Argumente bleibt schlussendlich der *Sozialistische Horizont*, der im Titel versprochen wird, sehr vage. Jaffe geht nicht auf das Verhältnis von Produktion (wertschaffend) und Reproduktion (wertverteilend) ein und schafft keine programmati-

schon Grundlagen für eine tatsächliche Politische Strategie im Rahmen von Kämpfen der Sozialen Reproduktion. Es wird zwar deutlich, dass nur eine Revolution uns von der ewigen Knechtung des Kapitals sowie vom ewigen Identitätskampf befreien kann, und dass nur die reichtumbildende Klasse, die Arbeiterklasse, das entscheidende Subjekt dieses Kampfes ist. Aber es bleibt offen, was das für die politische Organisation heute heißt.

Eleonora Roldán Mendívil

Wem nützt Prostitution?

Nadja Habibi: Prostitution versus Sexarbeit. Feministische Debatten und Implikationen für die Soziale Arbeit, Alma Marta, Hamburg 2022, 129 Seiten, 12 Euro

Innerhalb der Frauenbewegung gab es schon immer unterschiedliche Analysen, Perspektiven und Strategien. Während für viele (Teil-)Ziele gemeinsame gekämpft wurde und wird, gibt es in einigen Fragen große Differenzen und Streit. Prostitution und der Umgang mit ihr, vor allem innerhalb der politischen Linken, ist so ein Thema. Ist Prostitution, teils auch »Sexarbeit« genannt, Auflehnung und ein Bruch mit dem Patriarchat und damit gar fortschrittlichen Charakters? Oder ist sie die ultimative Unterdrückung der Frau durch den Mann? Dieser Debatte widmet sich Nadja Habibi in ihrem Buch, das auf Grundlage ihrer Bachelorarbeit entstanden ist.

Die Arbeit besteht aus sieben Teilen. Sie beschäftigt sich vor allem mit der Begriffsklärung, einem geschichtlichen Abriss sowie der heutigen Lage von Prostituierten in Deutschland, der Prostitution als feministischem Diskussionsgegenstand und mit den Aufgaben der Sozialarbeit.

Habibi setzt sich mit drei Positionen und Strömungen der Debatte auseinander: der liberal-feministischen, der abolitionistischen (d.h. auf Abschaffung gerichteten) sowie der traditionellen Position der Arbeiter:innenbewegung. Für alle Lager stehen die Entkriminalisierung und das Wohlergehen der Frauen zwar prinzipiell im Vordergrund – doch ist das auch schon so ziemlich die einzige Gemeinsamkeit. Sie zeichnen sich bereits durch die unterschiedliche Bezeichnung des Gegenstands aus: Während das liberal-feministische Lager von »Sexarbeit« spricht, nennen die anderen es »Prostitution«. Der Begriff

der »Sexarbeit« wurde in der zweiten Frauenbewegung in den 1970ern von liberalen Feministinnen geprägt und sollte die »moralische Abwertung«, die Prostituierte erfahren, vermeiden. Habibi erklärt, wie eng verbunden damit aber auch die Bezeichnung des Akts als »sexuelle Dienstleistung«, die der Freier als »Klienten« sowie der Bordelle als »Dienstleistungsbetriebe« ist. Die Autorin selbst bezieht in dieser Frage bereits früh im Buch Position: Sie vermeide den euphemistischen Begriff der »Sexarbeit«, weil er suggeriere, dass »Prostitution eine allgemein anerkannte Erwerbsarbeit unter vielen verschiedenen Arten von Dienstleistungsberufen sei und er somit einen Versuch der Normalisierung von Prostitution als einen regulären Markt darstellt« (11). Ferner behandelt sie die quantitativ und qualitativ besondere Betroffenheit von Frauen in der Prostitution, die Entwicklung des Körpers der Frau zur Ware im Kapitalismus sowie Mythen rund um »freiwillige« und »erzwungene« Prostitution: Da vor allem liberale Feminist:innen strikt trennen wollen zwischen Frauen, die etwa durch Menschenhandel in die Prostitution gebracht wurden, und jenen, die sich vermeintlich »freiwillig« dazu »entschieden« haben, ohne dabei ökonomische und soziale Zwänge miteinzubeziehen, ist insbesondere letzteres ein wichtiger Punkt der Debatte.

Der Hauptteil des Buchs beschäftigt sich mit den Kernpositionen der drei Strömungen. Da das liberal-feministische Lager Prostitution als »reguläre Arbeit« betrachte, würde diese hier teilweise als »Ausdruck sexuellen Andersseins oder natürlicher Bedürf-

nisse« gesehen. Andere Teile des liberalen Feminismus sähen Prostitution als Verweigerung traditioneller Frauenrollen und verstünden sie als Ausdruck von Selbstermächtigung. So zielen die Forderungen dieses Lagers vor allem auf eine »Normalisierung« und »Etablierung« des Berufs der Prostituierten. Demgegenüber ziele das »abolitionistische« Lager primär auf die Abschaffung der Prostitution: Sie gilt hier als »Unterwerfung des weiblichen Geschlechts« und sei mit dem Ziel der Geschlechtergleichheit unvereinbar. Während einige liberale Feministinnen Prostitution als Reproduktionsarbeit betrachteten, lehne das abolitionistische Lager diese Sicht ab: Prostitution sei ein »gesellschaftliches Konstrukt«, das dazu diene, »männliche Herrschaft zu festigen«. Frauenunterdrückung und Prostitution sind in dieser Perspektive direkt miteinander verknüpft.

Die ökonomischen Faktoren, die Frauen in die Prostitution treiben, seien für die abolitionistische Strömung zwar zentral, diese gehe allerdings nicht davon aus, dass durch die Abschaffung ökonomischer Bedingungen der Frauenunterdrückung auch gleich die Gewalt gegen Frauen aufhöre.

Obwohl die Abolitionist:innen und die traditionelle Arbeiter:innenbewegung viele inhaltliche Gemeinsamkeiten hatten und stellenweise zusammenarbeiteten, unterscheiden sie sich in diesem Punkt. Die Arbeiter:innenbewegung und deren Herangehensweise wiederum stellt Habibi anhand wichtiger Stimmen vor: Marx und Engels, Lenin, Bebel und Kollontai hätten die Frage der Prostitution und

die Unterdrückung der Frau unmittelbar in Zusammenhang mit ihrer materiellen Abhängigkeit gebracht und die Überwindung der Klassegegensätze als unbedingt notwendig zu ihrer Abschaffung gesehen.

Im Abriss der Geschichte von Prostitution stellt Habibi anschließend den Zusammenhang zwischen der ökonomischen Abhängigkeit und Unterdrückung der Frau sowie dem Aufkommen des Privateigentums und der Verdrängung der Frau in die »private« und monogame Sphäre dar: Während mit der Prostitution eine gesellschaftlich geduldete Form der außerehelichen Sexualität für Männer entstand.

Anschließend beschäftigt sich die Autorin mit der Frage der heutigen Situation in Deutschland. Rechtlich spielt hier das 2002 verabschiedete Prostitutionsgesetz (ProstG), als »eines der liberalsten Prostitutionsgesetze in Europa« (26) eine zentrale Rolle. Warum Deutschland als das »Bordell Europas« gilt, wird dabei umfassend ausgeführt: 24.900 Prostituierte seien 2020 in Deutschland angemeldet gewesen. 35 Prozent dieser Frauen sind rumänische Staatsbürgerinnen und somit die größte Gruppe der Prostituierten in Deutschland. Ihnen folgen Bulgarinnen und Ungarinnen. 20 Prozent der gemeldeten Prostituierten sind deutsche Staatsbürgerinnen. Die genaue Zahl der Prostituierten in Deutschland ist jedoch unbekannt. Schätzungen, die teilweise aus den 1980ern kommen, gehen von 400.000 Personen aus. Vor allem die EU-Osterweiterung und das ProstG hätten Deutschland laut Habibi zu einem »bedeutsamen Durchgangs- und Zielland für ausländische Prosti-

tuierte« gemacht. Eng verknüpft mit »Armutsmigration«, sähen vor allem Frauen aus Osteuropa oftmals keine andere Perspektive außer der Prostitution. Die mit dem ProstG eingeführte erschwerte Verfolgung von Zuhältern habe Kriminalität zudem nicht gemindert, sondern dazu geführt, dass Deutschland immer mehr zu einem der wichtigsten Länder für Menschenhandel werde.

Habibi legt daran anschließend auch die Rolle des Staates offen. So sei Prostitution eine wichtige Einnahmequelle für die deutsche Wirtschaft. Verdi schätze die Einnahmen jährlich auf 14,5 Milliarden Euro. Dieses Geld landet selbstverständlich am Ende nicht allein bei den Frauen. Bordellbesitzer und »Vermieter«, die Zimmer zu horrenden Preisen vermieten, verdienen genauso daran, wie es das Bruttoinlandsprodukt steigert. Als selbstständig Tätige müssen die Frauen Steuern zahlen, u. a. eine »Vergnügungssteuer«. Ebenso seien Geldstrafen für Prostituierte ein beliebtes Mittel der Kommunen, um Einnahmen zu erzielen. Prostitution ist ein Millionengeschäft für den Staat.

Habibi übt scharfe Kritik an vielen Prostitutionsverbänden. Diese würden den Eindruck erwecken, die Interessen von Prostituierten zu vertreten. Dabei schließen sie gleichzeitig »Arbeitgeber«, also Bordellbesitzer, in ihre Verbände und Interessenvertretung ein. Ihr Ziel sei daher nicht, eine Lobby für die Frauen zu sein, sondern Prostitution als »normalen« Beruf zu etablieren. Oder wo sonst sind Arbeitnehmer und -geber im gleichen Verband organisiert? Dieser Umstand erschwere

wiederum vielfach die Soziale Arbeit mit Betroffenen, in der wiederum das liberal-feministische Lager dominiere. Dabei spiele Soziale Arbeit eigentlich eine zentrale Rolle bei der Unterstützung betroffener Frauen in der Prostitution.

Auf etwas mehr als 100 Seiten widmet sich Habibi einem schwierigen und umstrittenen Thema, schafft es jedoch nicht nur, unterschiedliche Perspektiven und Forderungen aufzuzeigen, sondern auch Stellung zu

beziehen. Die Widersprüche des liberal-feministischen Lagers, das in der Wissenschaft, der Sozialen Arbeit und auch in der Öffentlichkeit oftmals tonangebend ist, bringt die Autorin deutlich auf den Punkt. Wer sich einen Überblick über die ideologischen Streitpunkte und die aktuelle Lage in Deutschland verschaffen möchte, wird diesen mit »Prostitution vs. Sexarbeit« bekommen.

Alev Bahadır

Streikanalysen seit 2000

Heiner Dribbusch: Streik. Arbeitskämpfe und Streikende in Deutschland seit 2000. Daten, Ereignisse, Analysen, Hamburg 2023, VSA-Verlag, 376 S., 29,80 Euro

Die größte Streikkonferenz fand in diesem Jahr in Bochum statt mit 1.500 Teilnehmer:innen (vgl. Z 135, 179ff.). Der Megastreik des Jahres am 27. März 2023 sorgte im Verkehrssektor für massive Einschränkungen. Auf die wenigen Streiks im Corona-Jahr 2020 folgte insgesamt ein langsamer Anstieg der Streikaktivitäten, vor allem ausgelöst u. a. durch Inflation und Energiekrisen. Streiks sind durchaus nicht immer omnipräsent, doch schränken sie ab und an den Alltag ein. »Streik ist nicht gleich Streik« (14), so Heiner Dribbusch, der mit seinem Buch eine ausführliche Darstellung der Arbeitskämpfe seit der Jahrtausendwende vorlegt.

Das Buch ähnelt einem Lexikon, mit dem Unterschied, dass die Sprache nicht zu akademisch-dröge, sondern

relativ lebendig ist. Ausdrücke aus dem *Gewerkschaftsjargon* wie die »Ochsentour« (84) die »Rührei-Theorie« (37) oder »betriebliche Betreuung« (330) werden verständlich übersetzt und erläutert. Denn gerade dies ist der Anspruch des Autors: nicht nur für Leser aus dem Wissenschaftsbetrieb, sondern auch für Gewerkschafter:innen und andere Interessierte ein inhaltsreiches Buch vorzulegen. Dies gelingt auch. Da Dribbusch als gelernter Schreiner und Sozialwissenschaftler das Arbeitskämpfgeschehen aus der aktiven wie aus der theoretisch-analytischen Perspektive kennt, kann das Buch auch als Versuch gesehen werden, diese beiden Sichtweisen zu verknüpfen.

Dribbusch gliedert seine Darstellung in fünf Teile, die durch Einleitung und Fazit abgerundet werden. Allgemein ist es sein Ziel, statt »Wunschdenken« in die untersuchten Streiks zu projizieren mit »Nüchternheit« (11) die Arbeitskämpfe zu betrachten und zu erkennen, *wann, warum* und *wie* Streiks erfolgreich waren oder

auch nicht. In 31 Kapiteln werden die Streikaktivitäten in Deutschland unter den verschiedensten Gesichtspunkten und Schwerpunktsetzungen betrachtet. Aus den Analysen lassen sich für eine »emanzipatorisch ausgerichtete Gewerkschaftspolitik« (ebd.) einige Schlussfolgerungen ableiten, obwohl der Fokus auf die Geschichte der Arbeitskämpfe und deren Analyse gerichtet ist. Dagegen klammert Dribbusch andere Fragen aus, so z. B., »was ›klassenbewusste‹ Beschäftigte und ›kämpferische‹ Gewerkschaften ›eigentlich tun müssten« (11). Der Titel des Buches lässt das auch nicht erwarten.

In der Einleitung wird ohne große Abschweifungen dargestellt, warum das Jahr 2000 als Beginn der Untersuchung gewählt wurde (Gründung ver.di 2001, Dienstleistungssektor wird Mittelpunkt des Arbeitskampfgeschehens, Feminisierung der Arbeitskämpfe), was die Grundprämisse des Buches ist (Streiks sind gesellschaftlich prägende und verändernde Ereignisse), mit welchen Begriffen diese Untersuchung arbeitet und wie diese zu trennen sind (Streik, Arbeitskampf, Warnstreik, Häuserkämpfe, etc.). Nicht nur die Seite der Streikenden wird im Buch dargestellt, es bilanziert auch die wenigen zur Verfügung stehenden Daten und Hintergrundinformationen zu den Vorgehensweisen der Unternehmensseite. Oftmals liegen zu letzterer wenige bis kaum Informationen vor. Auf beiden Seiten geht es um »hochsensible Informationen« (14): Wenn die Unternehmer und ihre Verbände wissen, wie viel Geld sich in der Gewerkschaftskasse befindet,

können sie einschätzen, wie lange ein unbefristeter Streik dauern kann, bis die Gewerkschaft selbst in finanzielle Schwierigkeiten gerät (313f.). Unternehmer und Gewerkschaften sind mit der Herausgabe von Informationen zurückhaltend, da diese oftmals von der Gegenseite als Machtressource genutzt werden können. Auch deshalb wird im Buch auf Gespräche und Informationen mit Streikenden oder Gewerkschafter:innen verwiesen, wenn öffentliche Informationen nicht zugänglich sind.

Der erste Teil (20-69) beschäftigt sich mit Akteuren des Streikgeschehens (Beschäftigte, Gewerkschaften, Unternehmen, Betriebsrat), mit rechtlichen Rahmenbedingungen der Tarifverträge und des Arbeitskampfrechts, aber auch mit Veränderungen der Tariflandschaft in Deutschland, die von einem allgemeinen Rückgang der Flächentarife geprägt ist. Die verschiedenen Machtressourcen auf der Kapital- und Arbeitsseite und die daraus entstehenden Handlungsmöglichkeiten werden diskutiert. Da es sich um ein antagonistisches Verhältnis mit deutlichen Machtasymmetrien handelt, betont Dribbusch: »Der Macht der Beschäftigten im Arbeitsprozess steht die alleinige Entscheidungsgewalt der Unternehmen gegenüber, ob und wo sie wirtschaftlich tätig werden.« (56) Diese Macht will die Unternehmensseite ausbauen und festigen (bspw. durch das Zahlen von Tariflöhnen an nicht-gewerkschaftlich organisierte ArbeiterInnen, um Anreize des Beitritts in eine Gewerkschaft zu schmälern (27). Für die Beschäftigten und Gewerkschaften kommt es darauf

an, sich im Konflikt behaupten zu können durch den Einsatz eigener Machtressourcen, etwa durch einen hohen Organisationsgrad der Beschäftigten oder das Einschalten der Öffentlichkeit oder der Politik durch das Anprangern von Missständen, um Verständnis und Unterstützung für gewerkschaftliche Ziele zu erreichen. Der Überblick im ersten Teil schafft die Grundlage für das Verständnis der weiteren Ausführungen.

Der zweite Teil (70-103) behandelt »Das Streikgeschehen im Überblick«. Er beschreibt mithilfe zahlreicher Tabellen und Abbildungen (oftmals aus eigener Forschung des Autors) die Einstellungen und Einstellungsveränderungen der Beschäftigten zu Streikmaßnahmen und Streikthemen. Wenn sich Konflikte mit der Arbeitgeberseite ohne Streiks lösen lassen, so bevorzugen dies 90 Prozent der organisierten und nicht-organisierten Beschäftigten (71); wenn es doch zu Streiks kommt, dann zum großen Teil in Verbindung mit Tarifverhandlungen (78). Je größer der Betrieb, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass die Beschäftigten die Arbeit niederlegen (79). Das traditionelle Streikbild (Arbeiter im Blaumann) verändert sich zunehmend mit Ausweitung des Dienstleistungssektors und dadurch bedingter Feminisierung der Arbeitskämpfe (280ff.), auch durch Streiks im Einzelhandel, bei Krankenhäusern oder im Sozial- und Erziehungsdienst. Weiterhin wird auf die Datenlage zum Streikgeschehen eingegangen. Deutlich wird, dass in den 1950er Jahren am intensivsten gestreikt wurde (91), während das Streikvolumen heute

deutlich zurückgeht. Streiks sind allgemein Ausnahmesituationen. Die Gewerkschaftsmitglieder streiken schon relativ selten, noch seltener all jene, die keine Gewerkschaftsmitglieder sind (73f.). Die »Minderheit« der Streikbeteiligten ist dennoch für die Mehrheit der Beschäftigten der »Schrittmacher für Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen« (80). Dribbusch neigt nicht dazu, die Bedeutung von Streiks überzubewerten; Skeptisch bleibt er auch gegenüber der vorschnellen Feststellung von Trends im Arbeitskämpfgeschehen (99f.).

Arbeitskämpfe im Dienstleistungssektor (104-223) sind Gegenstand des dritten Teils der Untersuchung. Besonders präsent bei den Darstellungen der Konflikte im öffentlichen Dienst, in Krankenhäusern oder im Einzelhandel ist die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Aber auch andere Gewerkschaften, die auch im Konflikt miteinander stehen, operieren in diesen Branchen: GEW im öffentlichen Dienst, Marburger Bund in den Kliniken, Vereinigung Cockpit an den Flughäfen oder beim Bahnverkehr GDL und EVG. Sehr ausführlich werden die Arbeitskämpfgeschehnisse für die genannten Branchen beschrieben und die jeweiligen Veränderungen festgehalten. Daher seien nur einige Besonderheiten hier genannt: Die »Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen« in den Jahren 2005f. (116) beendete das »sozialpartnerschaftliche Miteinander«. Statt Arbeitszeitreduktion gab es Forderungen seitens der Unternehmer nach Arbeitszeitverlängerung (113ff.). Gegen solche Forderungen reagierten Gewerkschaften defensiv, um die erkämpften Er-

rungenschaften zu verteidigen. Dass Beschäftigte und Gewerkschaften auch nach anderen Akteuren als Bündnispartner suchen, um gemeinsam Forderungen zu verwirklichen, wurde in den letzten Jahren durch das Zusammenspiel der Beschäftigten des öffentlichen Nahverkehrs und der Klimabewegung deutlich (126ff.). Beschäftigte in Krankenhäusern fordern nicht erst seit der Corona-Pandemie Entlastung; schon seit 2012 wurden die Rationalisierungsstrategien in der Gesundheitsbranche kritisiert (150f.), 2016 erstmals Tarifverträge abgeschlossen, die den Gesundheitsschutz und die Mindestbesetzung thematisierten (152). 2021 konnten mit den Streiks der Berliner Kliniken Charité und bei Vivantes Sanktionsmechanismen festgelegt werden, die bei Nichtumsetzung ähnlicher Forderungen zur Entlastung der Beschäftigten greifen.

Der vierte Teil beschäftigt sich mit Arbeitskämpfen im Industriesektor (224-279). Hier stehen vier Gewerkschaften in verschiedenen Branchen im Vordergrund. Als erstes die mitgliederstärkste Gewerkschaft in Deutschland: IG Metall. Diese fungiert als »Multibranchengewerkschaft« ähnlich wie ver.di, ist aber »wesentlich homogener« (225), was die Branchenverteilung angeht. Während der Tarifrunde 2022 in der Metall- und Elektroindustrie mobilisierte die IG Metall rund 900.000 Streikende. Die Streikaktivitäten der IG BCE können dagegen auf nur zwei Seiten abgehandelt werden, da sie auf hochgradig sozialpartnerschaftliche Beziehungen setzt (ihr »Markenzeichen«, 259) und der Streik nur in größter Not zum Mittel

wird. Die auch zum verarbeitenden Gewerbe gehörende Gewerkschaft IG BAU und die, gemessen an ihrer Mitgliederzahl, kampfkativste NCG (267) werden anschließend wieder ausführlicher besprochen. Zwar setzen alle DGB-Gewerkschaften auf Sozialpartnerschaft, aber Dribbusch macht die Unterschiede ihrer Orientierungen, die sich insbesondere in ihrer Bereitschaft zeigt, Arbeitskämpfe zu führen, deutlich.

Die Arbeitskämpfdarstellung des Dienstleistungs- und Industriesektors nimmt gut zwei Drittel des Buches ein. Sie ist sehr detailliert und zeichnet die Veränderungen in einzelnen Branchen nach, aber auch Unterschiede im Vorgehen der Gewerkschaften, das Engagement der Beschäftigten, die Eingriffe des Staates etc. Hier wird die Vielfalt der Streikmaßnahmen deutlich; neben erfolgreichen Arbeitskämpfen stehen hier auch solche, die gescheitert sind.

Der fünfte und letzte Teil schließt an den ersten und zweiten an: Zusammenfassende und allgemeine Analysen auf der Grundlage des empirisch beschriebenen Materials. Die bereits angesprochene Feminisierung der Arbeitskämpfe, aber auch internationale Streiks werden mit einbezogen. Dass sich das Streikbild des Arbeiters im Blaumann längst geändert hat, wurde schon erwähnt, doch nicht nur die Streikenden verändern sich, sondern auch das Streikrepertoire (296ff.). Warnstreiks sind die am häufigsten eingesetzte Streikform. Zum Erzwingungsstreik kommt es selten. Auch Betriebsversammlungen können als Arbeitskämpfungsmittel zur Störung den Arbeitsalltags dienen, wie auch »Dienst

nach Vorschrift« (304). In der Pandemie wurde im Home-Office gestreikt: Arbeitsniederlegung durch Ausschalten des Arbeitscomputers. Wie reagiert die Unternehmenseite? Durch gerichtliche Klagen, Aussperrungen, den Einsatz von Streikbrechern (und Leiharbeitern) oder gar die Schließung des Betriebes hat die Unternehmerseite Mittel, um Streiks zu behindern, zu bekämpfen oder abzubrechen (316ff.).

In den Schlussbetrachtungen formuliert der Autor nüchtern: »Streiks als solche stellen die gegenwärtigen Verhältnisse nicht in Frage« (347). Die Entscheidung der Gewerkschaft, welcher Streik durchgeführt wird (in Deutschland darf nur die Gewerkschaft zu Streiks aufrufen), ist ein »Stabilitätsanker des bundesdeutschen Systems der Arbeitsbeziehungen.« (348). Wenn Dribbusch feststellt: »Dort, wo die Auseinandersetzungen am intensivsten geführt worden war, waren auch die meisten Beitritte zu verzeichnen« (157), lassen sich definitiv Handlungsorientierungen für potentiell »kämpferische« Gewerkschaften und zukünftige Arbeitskämpfe ableiten.

Durch seinen Faktenreichtum und die Dichte der Daten sowie Analysen wirkt das Buch geradezu lexikalisch. Das Inhaltsverzeichnis beinhaltet leider nicht alle Unterüberschriften, was ein Stichwortregister vermutlich überflüssig gemacht hätte. Dennoch lässt sich im sechsseitigen Inhaltsverzeichnis relativ leicht finden, was man sucht. Die angesprochene Dichte der Analysen und wissenschaftlichen Reflexionen macht die Lektüre gelegentlich

etwas zäh, was aber am Gegenstand und nicht an der doch unterhaltsamen Schreibweise des Autors liegt. Wer Unklarheiten hinsichtlich des Arbeitskampfgeschehens der letzten 20 Jahre hat, dem kann mit Sicherheit mit der Lektüre des Buches schnell geholfen werden.

Wenn aber das Buch nicht nur für Kenner und Insider geschrieben sein sollte, müssten grundlegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen doch genauer erklärt werden. Sie werden zwar angesprochen, aber nicht erläutert: Veränderungen hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft; »Neustrukturierung von Branchen und Unternehmen« (21); Ausgliederung von Unternehmen vermittelt über die »unsichtbare Faust des Marktes« (Brinkmann) (116); »Privatisierung und Liberalisierung« (108) usw. Erst auf den letzten Seiten wird von einer »neoliberalen Deregulierung« (349) gesprochen, die aber erklärungsbedürftig bleibt. Auch wenn das Buch den Anspruch hat, die Streikaktivitäten der letzten 20 Jahre abzudecken, was ihm erstaunlich gut gelingt, werden die oben genannten Prozesse als quasi naturwüchsig dargestellt und nicht im Zuge der Verwertungslogik des Kapitals beschrieben, die den Strukturwandel bestimmt. Aus den objektiv verschiedenen Interessenlagen von Kapital und Arbeit folgt, so der Autor, dass »[e]in konfliktfreies Lohnarbeitsverhältnis [...] nicht denkbar [ist]« (347) und »nicht jeder Streik fröhlich« (311) sein kann.

Sebastian Liegl

Solidarität in der Arbeitswelt

Richard Detje/Dieter Sauer: Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt. Aktualität kollektiver Widerstandserfahrungen, VSA-Verlag, Hamburg 2023, 158 Seiten, 12,80 Euro

Solidarität war gestern. Heute ist gesellschaftlicher Zusammenhalt angesagt. Wir müssen uns alle unterhaken, um in der Krise zu bestehen. Das ist etwa das, was von der »Mitte der Gesellschaft« erwartet wird. So lautet ein gängiges Narrativ. Daran stricken sehr viele, vom Bundeskanzler über gut dotierte Wissenschaftseinrichtungen bis hin zu vielen Massenmedien. Gängig mag das sein, aber es ist auch falsch. Solidarität ist keineswegs »von gestern«. Ihre Bedingungen haben sich aber verändert. Wo und wie tatsächlich echte Solidarität, die den Namen verdient, in den aktuellen Krisen der Arbeitswelt entsteht, untersuchen Richard Detje und Dieter Sauer in ihrer aktuellen Studie.

Damit knüpfen sie an frühere Arbeiten an. 2021 erschien ihr Buch »Corona-Krise im Betrieb«, 2018 veröffentlichten sie zusammen mit weiteren Autor:innen »Rechtspopulismus und Gewerkschaften«, 2011 Krise ohne Konflikt?«. Wie ihre früheren Studien basiert auch die aktuelle auf einer soliden empirischen Basis, vor allem auf Befragungen von Beschäftigten und Interviews mit betrieblichen und gewerkschaftlichen Aktivist:innen. Dazu haben sie eigens einen Fragebogen entwickelt. Die Rosa-Luxemburg-Stif-

tung unterstützte die Drucklegung des Buches.

Detje/Sauer beginnen mit einer notwendigen Begriffsklärung: Der modische Appell an den sozialen Zusammenhalt soll den »Kitt« liefern, »der die in der Epoche des Neoliberalismus aufgesprengten Gemeinwesen stabilisiert« (10). Es wird eine »solidarische« Werteordnung angerufen, die die historische Bedeutung des Solidaritätsverständnisses der Arbeiterbewegung außer Acht lässt. Auch die aktuellen Mai-Aufrufe des DGB, so merken die Autoren kritisch an, haben diesen karitativen Touch, beschränken sich auf allgemeine Verteilungsfragen und klammern die arbeitsweltlichen Problemlagen und Antagonismen aus (12): Slogans wie der vom gesellschaftlichen Zusammenhalt lassen im Unklaren, wer genau mit welchem Ziel und vor allem gegen wen solidarisch sein soll. Aber haben nicht die Erfahrungen der jüngsten Zeit, die Streikaktionen bei Post, Bahn, öffentlichem Nahverkehr, Flughäfen und in Kommunen gezeigt: Die Solidarität der abhängig Beschäftigten ist durchaus noch da. Und sie wird auch dringend gebraucht. Nur hat die Auflösung alter Arbeitermilieus, haben Zerklüftungen und Individualisierung in der Arbeitswelt, Leistungsdruck und oftmals fehlende oder abnehmende Austauschmöglichkeiten die Sache komplizierter gemacht.

Bei ihrer Spurensuche nach der betrieblichen Solidarität haben sich Detje und Sauer auf insgesamt neun Betriebe konzentriert (31ff.): fünf in der Metallindustrie und vier im Dienstleistungsbereich. Die Fallbeispiele dieser neun Betrieben werden auf etwa 100 Seiten

erörtert und machen den Hauptteil des Buches aus. Hier öffnet sich für Leserinnen und Leser eine wahre Fundgrube an Informationen über die Lage in den Betrieben. Zu den fünf (tarifgebundenen) Metallbetrieben gehören Automobil- oder Industriezulieferer mit gewerblicher Facharbeiterbelegschaft, ein Betrieb aus der Halbleiterindustrie und ein Betrieb aus der Mobilitätsindustrie. In zweien der Fertigungsbetriebe ging es um Widerstand gegen Betriebsschließungen, der letztlich die Schließungen nicht verhindern konnte. Im dritten Fertigungsbetrieb ging es um Probleme der Transformation vom Verbrenner- zum Elektroantrieb und zusätzlich um Digitalisierung. Der Betrieb aus der Halbleiterindustrie war ein klassischer Fall des Wandels von einem Arbeiter- zu einem Angestelltenbetrieb. Die Konflikte drehten sich vor allem um indirekte Steuerung und Arbeitszeitfragen. Bei dem Mobilitätsbetrieb, auch ein Elektronikbetrieb, standen Konflikte um mobile Arbeit und Homeoffice im Mittelpunkt. Die beiden letztgenannten Betriebe stehen für den längerfristigen Prozess der Auswanderung der Produktion und den Wandel von einer Fertigungs- zu einer Angestelltenbelegschaft (85). Was diese betrifft, so bestand das Grundproblem offenbar darin, dass sowohl Betriebsrat als auch die IG Metall Schwierigkeiten hatten, Kolleg:innen, die individuelle Interessendurchsetzung eingeübt hatten, für Formen kollektiver Interessenpolitik zu gewinnen (66). Konkreter: Die für die Gewerkschaften insgesamt gewohnten Formen, stellvertretend für die Arbeiter:innen Politik zu machen,

müssen Platz machen für die Einsicht, dass Interessenvertretung nur *mit* den Kolleg:innen möglich ist. Ein Paradigmenwechsel, so Detje und Sauer, mit dem sich die Gewerkschaften insgesamt bis heute schwertun (86).

Die vier Betriebe aus dem Dienstleistungsbereich sind: eine Klinik, hier insbesondere der ausgegründete Servicebereich; ein Betrieb der Versandlogistik und zwei Einzelhandelsbetriebe. Hier überwiegen prekäre Beschäftigungs- und Arbeitsverhältnisse. Der Anteil von Frauen und von migrantischen Belegschaftsgruppen ist besonders hoch (88). Der Betrieb der Versandlogistik ist geprägt von schweren körperlichen Belastungen, belastenden Arbeitszeiten und niedriger Entlohnung. Um einen Tarifvertrag wurde heftig gestritten, bisher aber ohne Ergebnis. In dem zu einer Modekette gehörenden Einzelhandelsbetrieb herrscht eine Managementstrategie, die auf personelle Unterbesetzung, extrem flexibilisierte Arbeitszeiten, Union Bashing und hohen Leistungsdruck setzt. Solidarisches Handeln hat es hier schwer. Immerhin konnte ver.di rund 40 Prozent der Belegschaft gewerkschaftlich organisieren. Der zweite Einzelhandelsbetrieb, Teil eines Warenhauskonzerns, hat einen Abstieg von einem ehemals tarifgebundenen Unternehmen mit »Normalarbeitsverhältnissen« hin zu durch und durch prekärer Beschäftigung auf dem untersten Level erlebt. Eine geplante Schließung der Filiale konnte – auch mit Mobilisierung zivilgesellschaftlichen und kommunalpolitischen Engagements – vorerst abgewendet werden, steht aber weiter im Raum.

Schließlich wird ein kommunales Klinikum vorgestellt, dessen Servicegesellschaft ausgegliedert wurde und erfolgreich um die Rückkehr in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes kämpfte. Die schlechten Arbeitsbedingungen und -verhältnisse in diesen Servicebereichen stehen, so Detje und Sauer, für das »new normal« von heute (124). Der Entwicklung von Solidarität half es, dass sich die Care-Arbeit in der Corona-Pandemie als »systemrelevant« erwies (130).

Haben sich die Leserinnen und Leser dieses Buches durch die ganz enorme und beeindruckende Materialfülle bis zur Seite 132 durchgearbeitet, so dürfte ihnen allmählich dämmern: Was hier skizziert wird, ist insgesamt das »neue Normal« des finanzmarktgesteuerten Kapitalismus und seiner Krisen. Vom alten »Normalarbeitsverhältnis« früherer Zeiten – ohnehin eine Ausnahme mit Verfallsdatum – stehen nur noch Ruinen, auch in den vormals geregelten Zonen industrieller Arbeit mit starken gewerkschaftlichen Bastionen gerät es in den Sog der Prekarisierung. Umso wichtiger ist das abschließende Kapitel, das die Fallanalysen auf knapp 20 Seiten zusammenfasst.

Vor allem zeigt sich: Wir haben es – sicher nicht nur in diesem Buch – nicht mehr nur mit einer, sondern mit drei völlig verschiedenen Arbeitswelten zu tun: Mit dem (noch immer

wichtigen, aber schrumpfenden) Feld der traditionellen Industriearbeit, mit dem (stark ausgeweiteten) Feld der industriellen Angestelltenarbeit, das noch weiter wächst, und mit dem riesig großen Feld der in sich stark zerklüfteten Dienstleistungsarbeit (137). Der Kampf um Solidarität trifft hier auf ganz unterschiedliche Probleme. Detje und Sauer fassen zusammen: »Solidarität ist kein Fixpunkt, sondern ein fluider Entwicklungsprozess« (136). Dabei weisen die genannten drei Arbeitswelten bei allen Unterschieden auch »gleichgerichtete Entwicklungsdynamiken« auf: »Massive Flexibilisierungen (wenn auch in unterschiedlichen Formen), Entgrenzungen etc. haben in allen drei Feldern durchaus ähnliche Folgen: Leistungsverdichtung, Gesundheitsrisiken, mangelnde Vereinbarkeit etc. sind überall anzutreffen.« (140) Solidarität erweist sich dabei als stark im »Nahbereich«, stößt aber an Schranken, die »zentrale Entscheidungs-, Restrukturierungs- und Machtverhältnisse setzen« (153). Um denen etwas entgegenzusetzen kommt es darauf an, »strategiefähige Machtressourcen über den Betrieb hinaus zu erschließen« (154). Hier angekommen, sind Interessierte versucht, das Buch gleich noch einmal von vorne zu lesen, um die gezogenen Schlussfolgerungen mit dem informativen empirischen Material abzugleichen.

Jürgen Reusch